Rechte Netzwerke in Europa

European United Left • Nordic Green Left
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

Impressum

Herausgegeben von der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament, Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/ Nordische Grüne Linke GUE/NGL.

Besonderer Dank gilt allen Autor*innen und Mitstreiter*innen die uns bei der Erstellung der Broschüre unterstützt haben.

Textkoordination: Marika Tändler-Walenta
Redaktionelle Bearbeitung: Anja Eichhorn, Christopher Colditz
Layout und Gestaltung: Reiko Kammer
Bildnachweise Seite 5: Flickr / Red Foxx Fotografie / CC BY-NC 2.0;
Seite 64: Pixabay.com / hoegl0 / CC0 Public Domain
Druck: Laserline Berlin, 1. Auflage September 2017
Exemplare: 500 Stück.

European United Left • Nordic Green Left

EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Rechte Netzwerke in Europa

European United Left • Nordic Green Left
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu

Inhalt

Vorwort 5
Dr. Cornelia Ernst, MdEP

1. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments 9
Marika Tändler-Walenta

2. Von Le Pen bis Le Pen – Zur Geschichte der rechten Fraktionen im Europäischen Parlament 11
Thilo Janssen

3. AfD – Wiederkehr des autoritären Syndroms 19
Horst Kahrs

4. AfD – Europäische Verortung und Vernetzung 25
Andreas Kemper

5. Macronartismus – ‚Ni patrie, ni patron! Ni Marine, ni Macron! 30
Kerstin Köditz MdL, Volkmar Wölk

6. Der Aufstieg der FPÖ – Die Atempause ist vorbei 36
Walter Baier

7. Die Identitäre Bewegung – Spreerspitze der neuen Rechten 41
Malte Steinecke

8. Kroatien – Croatia's ‚Hidden' Right-Wing: The Devil In The Detail 45
Nikola Vukobratović

9. Die rechten Koordinaten im heutigen Polen 50
Dr. Holger Politt

10. The Italian extreme right of an antifascist view 54
Eduardo Danzet/Stefano Rognoni

11. Linke Strategien 57
Dr. Gregor Gysi MdB

Verzeichnis der Autor*innen 60

Kontakt 63

Vorwort

Dr. Cornelia Ernst

Staß ist 21 Jahre alt, Student in Kiew. Er protestierte gegen die katastrophale Bildungspolitik, die rabiate Kürzung von Stipendien und gegen den Krieg in der Ostukraine. Als Netzaktivist gewann er dabei viel Unterstützung. Sein Leben änderte sich, als er in aller Öffentlichkeit mehrfach von rechtsextremen Schlägern überfallen und so brutal zusammengeschlagen wurde, dass man um ihn bangen musste. Es gab keinerlei substantielle Untersuchung dieses Überfalles seitens Polizei und Justiz, obwohl es genügend Hinweise gab.

Juri ist unabhängiger Gewerkschafter im Bergbau, Eisenerz wird unter grausamen Arbeitsbedingungen in der Ukraine abgebaut. Als er sich mit Minenarbeiter*innen zusammenschloss und gegen die menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen demonstrierte, erhielt er Morddrohungen von rechten Schlägertruppen, die in der Ukraine militärisch agieren. Weder Polizei noch Justiz halfen.

Die Ukraine ist ein anschauliches Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn ungezügelter Nationalismus und extreme Rechte sich bündeln und gleichzeitig ein funktionierender Rechtsstaat fehlt. Auf diese Weise können Menschen zu Freiwild werden, stets

in der Angst um Leib und Leben. Hier zeigt sich, dass es eben nicht reicht, rechte Strukturen zu analysieren. Wichtig ist die Untersuchung ihrer Basis in der Gesellschaft, ihrer Verwurzelung und die Entwicklung von Gegenstrategien.

Schauen wir in die europäische Welt der Rechten, dann ist ihre Vielfalt und Wirksamkeit unübersehbar. Sie wiederspiegelt sich im Europaparlament in mehreren Fraktionen einschließlich der Fraktionslosen, rechtspopulistisch, rechtsextrem, nationalkonservativ, homophob, rassistisch. Die Grenzen sind fließend, nicht nur untereinander, auch in Bezug auf andere neoliberale und konservative Schattierungen. Frau von Storch, die es für angemessen hält, an der Grenze auf Flüchtlinge zu schießen, Frau Le Pen, die nun ins nationale Parlament gerückt ist, aber für ihre antimuslimischen Ausfälle bekannt ist, Nigel Farage von UKIP, der 17 Jahre lang im Europaparlament war, um sein Seelenheil im Brexit zu sehen und EU-Ausländer aus Großbritannien auszuweisen, stehen dafür. Aber auch die Jobbik-Partei, die antiziganistisch ist und bei den faschistischen Pfeilkreuzlern anknüpft, die FPÖ in Österreich, die italienische Lega Nord und die niederländische Partij voor de Vrijheid – sie alle haben ihre Bastionen auch auf europäischer Ebene und sind bestens vernetzt. Identität, Tradition und Souveränität sind häufig prägendes Selbstverständnis. Wilders forderte einst eine Kopftuchsteuer für Musliminnen, die Kopftuch tragen und verlangt „Zucht und Ordnung" in den Niederlanden. Norbert Hofer nennt Flüchtlinge „Invasoren" in Österreich und wünscht sich Grenzanlagen wie an der ungarischen Grenze. Wenn diese Sparte Leute an die Macht kommt, geht es noch um ganz andere Dinge, wie bei Victor Orban, der mit seiner nationalkonservativen Fidesz die Medienfreiheit in Ungarn aufgehoben und die Justiz gleichgeschaltet hat. Oder wie auch bei der nationalkonservativen PiS-Partei, die in Polen weithin herrscht, regierungskritische Medien und das Demonstrationsrecht limitiert hat und ein Abtreibungsrecht betreibt, dass ins Mittelalter gehört.

Ob in Opposition oder an der Regierung, sie alle stehen trotz unterschiedlichster Schattierung für erzkonservative Lebensmodelle, repressive, demokratiezerstörende Innenpolitik, tief verwurzelte Chauvinismen und die unterschiedlichsten Spielarten von Rassismus. Ihr Einfluss hat sich teilweise bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitert und ist so gefährlich, weil damit letztlich immer die konservative Seite in der EU verstärkt wird. Damit nehmen diese Kräfte Einfluss auf den sich in Wandlung befindlichen Charakter der EU, zu dem neuerdings eine nie dagewesene Militarisierung gehört.

Um zu verstehen, wie die einzelnen rechten Parteien und Bewegungen agieren, muss ihre europäische Vernetzung mit in Betracht gezogen werden. Nur so können Gegenstrategien entwickelt werden, die auch wiederum europäisch sein müssen. Es ist wichtig, dass dies als eine gemeinsame Aufgabe aller Demokrat*innen aufgefasst wird,

unabhängig von Parteien und Bewegungen. Schwarz-Weiß-Denken ist dabei nicht hilfreich. In den Parlamenten, aber auch in der außerparlamentarischen Opposition sind breite überparteiliche Bündnisse entscheidende Grundlage dafür, rechten Netzwerken etwas Substantielles entgegensetzen zu können.

Die scheinbar einfachen Lösungen der rechter Netzwerke mögen manchen Bürger*innen einleuchten, deren wirklichen Kern offenzulegen, ist eine bedeutende Aufgabe der demokratischen Gesellschaft. Nur so können wir Vertrauen zurückgewinnen und zu einer aufgeklärten und selbstbewussten Bürger*innenschaft beitragen.

Das ist der Sinn und Zweck unserer Broschüre. Ich möchte mich bei allen Mitschreibenden bedanken, die ihre Beiträge zur Verfügung gestellt haben. Wir hoffen damit zum Nachdenken anzuregen und zur Debatte beizutragen.

Für eine offene, friedliche und pluralistische Gesellschaft.

Dr. Cornelia Ernst
Mitglied des Europäischen Parlamentes

Ich kann gar nicht soviel fressen, wie ich kotzen möchte.

Max Liebermann, 1933,
als ein Fackelzug der SA nach der Machtergreifung an seinem Haus vorbeizog.

1. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

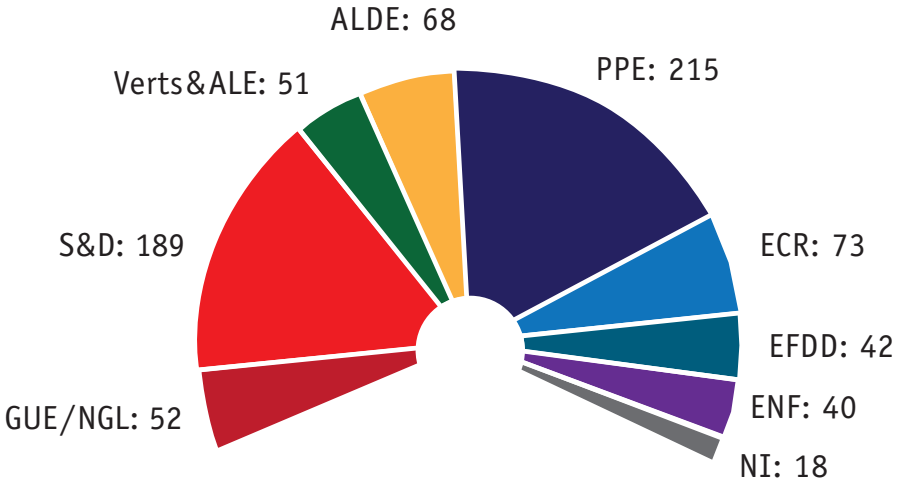
Marika Tändler-Walenta

Die europäische Rechte ist aufgrund der Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien so stark wie nie zuvor. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 ergaben sich neue Verhältnisse, die einer tief greifenden Analyse bedürfen. Zum ersten Mal ist die *Alternative für Deutschland* (AfD) in das Europäische Parlament eingezogen. Wir erleben eine zunehmende verrohende Gesellschaft in Sprache und Politik, die einhergehen mit den Verunsicherungen durch die Herausforderungen einer globalen und digitalen Welt. Die Geschwindigkeit der Veränderungsprozesse, die Durchsetzung eines autoritären Kapitalismus und die Ablehnung der Eliten führen zu einer Demokratieentleerung verbunden mit einer politischen Entfremdung. Bereits 2002 prognostizierte Wilhelm Heitmeyer ein rechtspopulistisches Potenzial von 20 Prozent in Deutschland[1]. Pegida und auch die *Alternative für Deutschland* (AfD) haben in den vergangenen Jahren erhebliche Mobilisierungseffekte ausgelöst. Die nächste Europawahl findet 2019 statt. Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Sitzplatzverteilung, als Ausgangslage für mögliche Gegenstrategien und Entwicklungstendenzen zu betrachten. Als einzige Institution wird das Europäische Parlament von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt und stellt damit die einzige Repräsentanz auf europäischer Ebene dar. Die gegenwärtige Verteilung im Europaparlament soll kurz dargelegt werden, wobei als Eingrenzungsmerkmal der Fraktionsstatus dient. Den Status einer Fraktion erhält gemäß Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments eine Gruppe von mindestens 25 Abgeordneten, die in mindestens einem Viertel (7) der Mitgliedstaaten gewählt[2] wurden. Zudem sind mit diesem Status verschiedene Rechte, Posten und finanzielle Mittel verbunden.

Die größte Fraktion im Europäischen Parlament ist die christlich-demokratische und konservativ-bürgerliche **Europäische Volkspartei/People Party Europe (EPP)** mit 215 von 750 Abgeordnetenmandaten. Innerhalb der Fraktion haben sich Parteien wie zum Beispiel die *Forza Italia*, die *Partido Popular* aus Spanien, die *Fidez*-Partei aus Ungarn

[1] Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, In: Deutsche Zustände. Folge 1. Heitmeyer W (Ed); Edition Suhrkamp, 2290. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

[2] http://www.europarl.europa.eu/sipade/rulesleg8/Rulesleg8.DE.pdf [Stand: 24.03.2017]



http://www.europarl.europa.eu/meps/de/hemicycle.html

und die *Christlich Demokratische Union* aus Deutschland zusammengeschlossen. Die *CDU* stellt den Fraktionsvorsitzenden, Manfred Weber aus Deutschland. In der vorangegangenen Legislaturperiode umfasste die Anzahl der Abgeordneten der EPP 274 [Stand 23. März 2014] und musste damit große Verluste bei der Europawahl 2014 verzeichnen. Vor allem die Mitgliedschaft der ungarischen *Fidez*-Partei stößt immer wieder auf erhebliche Kritik.

Zweitstärkste Fraktion ist die **Progressive Allianz der Sozialdemokraten/Socialists and Democrats (S&D)** mit 190 Abgeordnetenmandaten. Bis 2017 war der Sozialdemokrat Martin Schulz, Präsident des Europaparlaments. Üblicherweise teilen sich jeweils die beiden größten Fraktionen des Europäischen Parlaments je zwei Amtszeiten auf, sodass in der ersten Hälfte der Legislaturperiode ein Vertreter der einen und in der zweiten Hälfte ein Vertreter der anderen Fraktion das Parlament leitet. Seit 2017 ist der italienische Abgeordnete der *Europäischen Volkspartei (EPP)*, Antonio Tajani Präsident des Europaparlaments[3].

[3] http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-geheimvereinbarung-zur-nachfolge-von-martin-schulz-veroeffentlicht-a-1129272.html [Stand: 24.03.2017]

Die **Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa/Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE)** zog mit 68 Sitzen 2014 in das Europaparlament, allerdings im Vergleich zur vorangegangenen Legislatur mit erheblichen Verlusten [23. März 2014: 85 Sitze].

Die Grünen/Europäische Freie Allianz (VERTS/ALE) liegt mit 51 Abgeordnetenmandaten hinter der Linksfraktion mit 52 Mandaten. Die Fraktion der **Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke (GUE/NGL)** konnte als einzige Partei links der großen *Europäischen Volkspartei (EPP)* einen Zugewinn von 35 auf 52 Sitze verzeichnen.

Fraktionen rechts der Europäischen Volkspartei

Mit 73 Sitzen ist die Fraktion **Europäischer Konservativer und Reformisten/European Conservatives and Reformists Group (ECR)** drittstärkste Kraft im Europaparlament und besteht überwiegend aus Mitgliedern der *Konservativen Partei (Tories)* aus dem Vereinten Königreich. Zudem gehören der Fraktion die polnische konservative Regierungspartei *Recht und Gerechtigkeit (PIS)* der Brüder Kaczyński und auch Abgeordnete der *Dänischen Volkspartei* sowie der *Wahren Finnen* an. Die AfD wurde zu Beginn der Legislatur trotz Gegenstimmen der konservativen Partei (Tories) in die Fraktion aufgenommen. Durch interne Auseinandersetzungen innerhalb der *AfD* kam es zur Neugründung der *Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA)*, welcher sich fünf der sieben *AfD*-Europaabgeordneten anschlossen und weiterhin Mitglieder der Fraktion sind.

Nach der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 konstituierte sich die 2009 gegründete EFD-Fraktion (Europa der Freiheit) unter dem Namen **Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)** neu. Sie umfasste zunächst 48 Abgeordnete und erzielte damit 17 zusätzliche Abgeordnetenmandate. Die Fraktion, welche aufgrund von Wechseln zu anderen Fraktionen gegenwärtig aus 42 Abgeordneten besteht, wird vor allem durch Mitglieder der Partei für die *Unabhängigkeit des Vereinten Königreichs (UKIP)* und Mitgliedern der *Fünf Sterne Bewegung* aus Italien (MoVimento Cinque Stelle) geprägt. Der Fraktionsvorsitzende ist der *UKIP*-Abgeordnete Nigel Farage, der vor allem mit seinem europafeindlichen Kurs den mit Brexit initiierte und prägte. Kurz nach der Konstituierung kam es am 16. Oktober 2014 aufgrund des Austritts der lettischen Abgeordneten Iveta Grigule zur Auflösung der Fraktion, da die Mindestvoraussetzungen für einen Fraktionsstatus nicht mehr erfüllt waren. Bereits vier Tage später, am 20. Oktober 2014 wurde die Fraktion neu konstituiert, nachdem Robert Jarosław Iwaszkiewicz von der polnischen Partei *Kongress der Neuen Rechten (Kongres Nowej*

Prawicy – KNP) seinen Beitritt zur Fraktion erklärte. Auch Beatrix von Storch (AfD) wechselte am 8. April 2016 in die EFDD-Fraktion, nachdem sie aufgrund ihrer Äußerungen zum Schusswaffengebrauch gegen Frauen und Kinder an den Grenzen von der ECR-Fraktion dazu aufgefordert wurde.

Bereits vor der Europawahl 2014 kündigten der *Front National*, die *Freiheitliche Partei Österreichs*, die belgische *Vlaams Belang*, die niederländische Geert Wilders – *Partei für die Freiheit* und die *Lega Nord* eine mögliche neue Fraktion an. Aufgrund der erforderlichen Mindestanzahl von Abgeordneten, konnte sich die Fraktion **Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)** erst am 15. Juni 2015 gründen. Zuvor waren die Parteien, nach einigen gescheiterten Versuchen der Fraktionsbildung (siehe Text Thilo Janssen), im Status der Fraktionslosen Abgeordneten vertreten. Auch der AfD-Abgeordnete Marcus Pretzell schloss sich am 01. Mai 2016 der insgesamt 40 Abgeordnete umfassenden Fraktion an. Den Vorsitz teilen sich Marine Le Pen von der französischen *Front National* und Marcel de Graff von der niederländischen *Partei für die Freiheit*.

Fraktionslose Mitglieder im Europäischen Parlament

Insgesamt gibt es 18 Abgeordnete im fraktionslosen Status [Stand 23. März 2015: 52], wobei die Anzahl der Abgeordneten im fraktionslosen Status stark gesunken ist durch die Neugründung der Fraktion **Europa der Nationen und der Freiheit**. Dabei sind nicht alle Abgeordneten im fraktionslosen Status rechtspopulistischen bis hin zu faschistischen Parteien zuzuordnen. Gleichwohl finden sich Abgeordnete der ungarischen Bewegung für ein besseres Ungarn – *Jobbik*, der *Goldenen Morgenröte – Chrysi Avgi* aus Griechenland, der nach seinen wiederholten antisemitischen Äußerungen suspendierte Parteigründer Jean-Marie Le Pen und der mit seinen sexistischen Äußerungen auffällig gewordene polnische Abgeordnete Janusz Korwin-Mikke[4].

[4] „Natürlich müssen Frauen weniger als Männer verdienen. Weil sie schwächer, kleiner und weniger intelligent sind, müssen sie weniger verdienen." Zit. Janusz Korwin-Mikke, Plenarsitzung vom 01. März 2017.

Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.

Johann Wolfgang Goethe

2. Von Le Pen bis Le Pen – Zur Geschichte der rechten Fraktionen im Europäischen Parlament

Thilo Janssen

Als Marine Le Pen nach der Europawahl 2014 zunächst damit scheitert, eine neue rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament zu gründen, verpasst sie ein Jubiläum. Denn genau dreißig Jahre zuvor trat ihr Vater Jean-Marie Le Pen seine europäische Karriere an. Noch heute sitzt der Gründer des Front National und verurteilte Holocaust-Leugner im Brüsseler EU-Parlament.

1984 – Jean-Marie Le Pens EU-Karriere beginnt

Jean-Marie Le Pen zieht 1984 erstmals ins Europäische Parlament ein und wird Vorsitzender der neuen rechtsextremen Fraktion der *Europäischen Rechten*. In ihr vereint sich der Front National mit Neofaschisten aus Italien, Griechenland (einer Vorgängerpartei der heutigen Goldenen Morgenröte) und protestantischen Radikalen aus Nordirland. Anfang der 1980er stagniert die EU-Integration, es ist die Zeit der „Eurosklerose". Nach den großen Ölkrisen Ende der 1970er bestimmt Massenarbeitslosigkeit die politischen Debatten. 1985 wird der französische Sozialist Jacques Delors Präsident der EU-Kommission. Er leitet mit seinem Weißbuch zum Binnenmarkt die Reformen ein, die schließlich mit dem Vertrag von Maastricht zur Gründung der EU 1992 führen.

Bei den Europawahlen 1989 gewinnen die rechtsextremen Republikaner in Deutschland über sieben Prozent der Stimmen und gründen mit dem Front National und dem belgischen Vlaams Blok eine neue rechtsextreme Fraktion namens *Technische Fraktion der Europäischen Rechten*. Gezänke zwischen den Republikanern und den italienischen Faschisten um die „Südtirol-Frage" führen dazu, dass die Erben Mussolinis der Fraktion nicht beitreten. Die Republikaner zerstreiten sich danach untereinander, vier ihrer sechs Abgeordneten verlassen die Fraktion.

1994 – Republikaner raus, UKIP rein

Bei den Europawahlen 1994 können die Republikaner nicht von der rechten Gewaltwelle profitieren, die in den Jahren nach der Wiedervereinigung durch Deutschland schwappt und zu Pogromen und Mordanschlägen an Orten wie Hoyerswerda, Rostock-

Lichtenhagen, Mölln und Solingen führt. Mit nur 3,9 Prozent fliegen die Republikaner aus dem EU-Parlament. Der Front National holt in Frankreich zwar rund 10 Prozent der Stimmen, aber für eine Fraktion kommen nicht genug Partner zusammen.

1994 betreten neue EU-Gegner die europäische Bühne. Der Vertrag von Maastricht hat sie auf den Plan gerufen. Aus Dänemark kommen die Juni-Bewegung um Jens-Peter Bonde und die Volksbewegung gegen die EU ins EU-Parlament. Gemeinsam mit französischen Gaullisten und dem britischen Milliardär James Goldsmith gründen sie die Fraktion *Europa der Nationen*.

Fünf Jahre später, bei der Europawahl 1999, wird erstmals die United Kingdom Independence Party (UKIP) ins EU-Parlament gewählt. Auch Nigel Farage ist dabei. UKIP wurde von britischen Konservativen und Nationalisten gegründet, um das Vereinigte Königreich nach 1992 gleich wieder aus der EU hinauszuführen. Gemeinsam mit den dänischen EU-Gegnern, den französischen Gaullisten und radikalen Protestanten aus den Niederlanden gründet UKIP eine neue Fraktion Namens *Europa der Demokratien und der Unterschiede*.
Die *Fraktion Europa der Nationen* wird zwar 1999 wiederbegründet, allerdings mit einigen neuen Akteuren. Dabei ist etwa die Dänische Volkspartei, die 1999 erstmals ins EU-Parlament einzieht.
Auch Jean-Marie Le Pen versucht es 1999 wieder, von den Vorteilen einer Fraktion zu profitieren. Sein Problem: Die Geschäftsordnung des EU-Parlaments schreibt inzwischen Mindestanforderungen für Fraktionen vor. Gemeinsam mit den Neo-Faschisten und Separatisten aus Italien (Alleanza Nazionale, Fiamma Tricolore, Lega Nord) und dem belgischen Vlaams Blok geht der Front National deshalb ein Zweckbündnis mit der liberalen italienischen Lista Emma Bonino und linken baskischen Separatisten ein. Die Gruppe nennt sich *Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten*. Laut Geschäftsordnung darf eine Fraktion jedoch kein bloßes Mittel sein, um zusätzliche Gelder einzustreichen. Die Fraktion wird deshalb zwangsaufgelöst. Der Widerspruch dagegen scheitert vor Gericht.

2007 – die europäische Rechte scheitert an sich selbst

In der Legislaturperiode 2004 bis 2009 ändert sich die Zusammensetzung des EU-Parlaments grundlegend. Denn die EU wächst mit der Osterweiterung im Jahr 2004 auf 25 und zwei Jahre später auf 27 Mitgliedsstaaten an, als Bulgarien und Rumänien beitreten.

Die Legislaturperiode beginnt zunächst erfolgversprechend für Jean-Marie Le Pen. Seine Tochter Marine Le Pen folgt 2004 der Familientradition und zieht wie ihr Vater ins EU-Parlament ein. In Frankreich und kurz darauf in den Niederlanden wird 2005 die EU-Verfassung durch Volksabstimmungen beerdigt. Der Beitritt Rumäniens und Bulgariens ermöglicht es schließlich 2007, dass die rechtsextreme Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* gegründet werden kann. Unter dem Vorsitz von Bruno Gollnisch, dem Vizepräsidenten des Front National, vereinen sich die belgische Partei Vlaams Belang, die bulgarische Ataka, die FPÖ, die Großrumänienpartei und die italienischen Neo-Faschisten um Alessandra Mussolini. Die Enkelin des italienischen Diktators sorgt jedoch bald dafür, dass die Fraktion nach nur zehn Monaten an ihren inneren Widersprüchen zerbricht. Weil Mussolini sich abfällig über rumänische Einwanderer in Italien äußert, verlässt die Großrumänienpartei empört die Fraktion. Der Fraktionsstatus geht damit verloren. Die Fraktion löst sich auf.
Die Fraktion *Europa der Demokratien und Unterschiede* bekommt 2004 einen neuen Fraktionsvorsitzenden: Nigel Farage rückt in die erste Reihe der EU-Politiker vor. Zwei Jahre später steigt der vormalige Investmentbanker auch zum UKIP-Vorsitzenden auf. UKIP und die klerikal-nationalistische Liga Polnischer Familien stellen die meisten Abgeordneten in der Fraktion.

Nach der großen EU-Osterweiterung schließen sich rechte Parteien aus Osteuropa der Fraktion *Europa der Nationen* an, darunter die polnische PiS der Kaczyński-Brüder. Die PiS gibt mit der italienischen Alleanza Nationale fortan den Ton in der Fraktion an. Wieder dabei ist die Dänische Volkspartei und ab 2006 auch die Lega Nord.

Im Europawahljahr 2009, dem zweiten Jahr der Weltfinanzkrise, sortiert sich das Spektrum der rechten Parteien in der EU neu. Die britischen Konservativen verlassen wegen des Lissaboner Vertrages das Bündnis mit der *Europäischen Volkspartei*, in der die deutsche CDU/CSU die größte Gruppe stellt. Die Tories gründen gemeinsam mit der polnischen PiS, der von Václav Klaus gegründeten tschechischen ODS und anderen national-konservativen Parteien die neue Fraktion *Europa der Konservativen und Reformer*.

Nigel Farage ruft 2009 gemeinsam mit der Lega Nord, den Wahren Finnen und Dänischen Volkspartei die Fraktion *Europa der Freiheit und Demokratie* ins Leben.
Die Rechtsextremen um den Front National bleiben zwischen 2004 und 2009 fraktionslos. Die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders, Jobbik aus Ungarn, die FPÖ, Ataka aus Bulgarien und die Großrumänienpartei sind untereinander zu zerstritten, um gemeinsam eine Fraktion zu gründen.

Krisen der EU-Integration – Aufstieg des Nationalismus

Die Krisen der EU-Integration haben seit den 1980er Jahren immer wieder den Erfolg nationalistischer Parteien begünstigt. So konnte das Parteienspektrum rechts von der Europäischen Volkspartei seit 1999 bei jeder Europawahl an Zuspruch gewinnen. Der Sitzanteil im EU-Parlament stieg von 11 Prozent 1999 auf knapp 23 Prozent 2014. Im Jahr 2015 gelingt es Marine Le Pen, nunmehr Präsidentin des Front National, die rechtsextremen Parteien in der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* zu vereinen – 31 Jahre, nachdem ihr Vater die erste rechtsextreme Fraktion im EU-Parlament gründete. Auch die deutsche AfD ist mit einem Abgeordneten vertreten. Mit einer fremdenfeindlichen Kampagne krönt Nigel Farage 2016 sein Lebenswerk: Im Brexit-Referendum stimmen knapp 52 Prozent der Britinnen und Briten für den Austritt aus der EU.

Nationalisten werden stark, weil viele europäische Probleme noch immer nicht europäisch gelöst werden. Um Le Pen und ihre rechten Kameraden zurück in die Bedeutungslosigkeit zu schicken, muss die Politik in der EU aufhören, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit als Konflikte zwischen Nationen zu inszenieren – zum Beispiel zwischen Deutschland und Griechenland. Stattdessen müssen Menschen europäische Politik direkt demokratisch beeinflussen können. Löhne und sozialer Schutz müssen gesichert sein, Armut und gesellschaftliche Spaltung in Europa spürbar abnehmen. Dann werden offene Grenzen und gesellschaftliche Vielfalt auch von den Menschen als bereichernd empfunden, die heute Angst davor haben. Den Nationalismus zu besiegen ist eine europäische Aufgabe. Sie muss von jeder Generation von neuem gelöst werden.

Auf den Nationalismus berufen sich alle, die menschliches Elend verursachen und ausnützen.

Heinrich Heine

3. AfD – Wiederkehr des autoritären Syndroms

Horst Kahrs

Die Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) seit ihrer Gründung 2013 sind beeindruckend. Außer bei der Bundestagswahl 2013 schaffte sie bei jeder folgenden Wahl den Sprung über die Sperrklausel in die (Länder-)Parlamente. Oft erzielte sie aus dem Stand zweistellige Ergebnisse. Bei den Wahlen zu den Landtagen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sogar über 20 Prozent der gültigen Stimmen.

Erklärungen, warum diese Partei so großen Zuspruch erhält, bleiben vorläufig, weil die AfD selbst noch keine feste politische Gestalt angenommen hat. Im Laufe ihrer kurzen Geschichte wechselte sie mehrmals ihre politische Gestalt. Gegründet wurde die AfD als wirtschaftsliberale, bürgerlich-rechtskonservative Partei. Trotz rechtsextremer Einsprengsel, die Gründergeneration bestand vor allem aus ehemaligen Mitgliedern der CDU und der FDP, die in der Auseinandersetzung um die Rettung der Banken in der Finanzmarktkrise und des Euro in der sich daraus entwickelnden Staatsschulden-Krise in die Minderheit geraten waren. Banken müssten die Konsequenzen ihres Markthandelns selbst tragen, der Euro sei keine Solidargemeinschaft und die Schulden der südeuropäischen Staaten würden Deutschland mit in den währungspolitischen Abgrund ziehen. Nationaler Stolz auf deutsche Wettbewerbserfolge, ausgedrückt in Exportüberschüssen, und die Rückkehr zur D-Mark als nationaler Währung schwangen nicht nur im Hintergrund mit.

Mit den Dresdener PEGIDA-Demonstrationen ab Spätherbst 2014 gegen Islam und Zuwanderung verstärkten sich zunächst die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die AfD spaltete sich, die wirtschaftsliberalen Gründer (Lucke, Henkel u.a.) verließen die Partei. In den Umfragen sackte die AfD auf weniger als 5 Prozent im Frühjahr 2015.

Mit der Krise der europäischen Flüchtlingspolitik und der deutschen Grenzöffnung für Flüchtlinge, die über Ungarn kamen, wurde die AfD zur Partei des Protestes gegen angebliches „Staatsversagen“ und gegen (unkontrollierte) Zuwanderung. Erneut veränderte die Partei ihr politisches Gesicht. Im Parteienwettbewerb wurde sie zur wahlpolitischen Projektionsfläche für verschiedenen Arten des Unmutes und der Wut über die „etablierte Politik“ und die „Eliten“, über die globale vernetzte Komplexität der Verhältnisse und die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Emanzipationsprozesse.

Zu den Erfolgsbedingungen der AfD zählte von Beginn an die mediale Präsenz und Verbreitung. Die politische Provokation gilt als probates Mittel, um doppelt mediale Aufmerksamkeit zu erzielen: zunächst durch die Berichterstattung über die Provokation und anschließend durch die Berichterstattung über die empörte Reaktion der anderen Parteien. Mit der verbalen Provokation wird die Grenze des Sagbaren verschoben: offener Antisemitismus, völkisches Denken, rechtsnationalistische Begriffe finden Eingang in die Berichterstattung und somit in den politischen Diskurs. Gleichzeitig erfordert die Strategie der Provokation eine ständige Radikalisierung, die weitere innerparteiliche Spannungen und Kräfteverschiebungen mit sich bringt. Die AfD 2017 ist eine deutlich stärker von rechtsnationalistischen Kräften geprägte Partei als die AfD 2015/16. Bei den letzten Landtagswahlen hat die zunehmende Prägung der Partei durch völkischen Nationalismus offensichtlich zu einer gewissen Abkehr von bürgerlich-konservativen Wählerschichten geführt, zumal da sich die gesellschaftspolitische Erregung über die „ungeordnete" Flüchtlingspolitik der Kanzlerin gelegt hatte.

Wenn eine Partei noch als politische Sammlungsbewegung agiert, also noch nicht zur parlamentarisch verankerten Partei geworden ist, dann fällt die Suche nach bestimmenden gesellschaftspolitischen Ursachen für deren Erfolge schwer. Sie können am ehesten als Ausdruck eines gesellschaftlichen, wirtschaftlich, sozial wie sozialpsychologisch bestimmten Syndroms begriffen werden, in dem sich sozioökonomische Umwälzungen, veränderte Normen für „gelungene" Lebensführungsmodelle (z.B. Rolle der traditionellen Kleinfamilie, rechtliche Gleichstellung anderer Lebensmodelle) und darauf reagierende subjektive Umstellungs- und Verarbeitungsstrategien verknüpfen.

Bereits Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre verzeichnete mit den „Republikaner" eine rechte Abspaltung von der Union vorübergehende Wahlerfolge. Hintergrund waren Deindustrialisierungen in traditionellen Industriestädten, strukturelle Massenarbeitslosigkeit und Zuwanderung. Der „Asylkompromiss" von 1992 stoppte die Partei, die Union blieb in Sachen Staatsbürgerrecht und Familienbild stramm konservativ. Aber in großen Städten setzte sich die Ablösung von den großen Parteien fort. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen etwa erhielten Parteien wie STATT-Partei, SCHILL-Partei oder „Bürger in Wut" die – vorübergehende – Zustimmung von bis zu einem Fünftel der Wähler. In einem ostdeutschen Bundesland, Sachsen-Anhalt, errang die offen rechtsradikale Deutsche Volksunion bei einer Landtagswahl jede achte Stimme, in Sachsen zog nach dem Zerfall der Biedenkopf-CDU die NPD in den Landtag ein. Kurz und verknappt: In der politischen Landschaft Deutschlands lösen sich feste Parteibindungen auf, eine wachsende Zahl von politisch interessierten Menschen ist auf der Suche nach einer passenden Repräsentation. Vor über zehn Jahren führte die rotgrüne Arbeitsmarktpolitik zur Abwendung von der SPD und erfolgreichen Gründung der

Partei DIE LINKE. Zwischenzeitlich standen die Grünen kurz davor, zur dritten „Volkspartei“ zu werden und die Piratenpartei feierte überraschende Erfolge – alles Zeichen für große Beweglichkeit im Wahlverhalten.

Die „Modernisierung“ der Union, ihre Abkehr von traditionellen konservativen Normalitätsvorstellungen (Abschaffung der Wehrpflicht, doppelte Staatsbürgerschaft, Frauenbild, gleichgeschlechtliche Partnerschaften u.a.m.) als Leitbild der Gesetzgebung führte dazu, dass viele Unions-Anhänger ihre Partei nicht wiedererkannten. Zusammen mit den geld- und währungspolitischen Entscheidungen entstand das Potential für eine erfolgreiche Parteigründung. Die AfD sprach mit ihrem nationalen Wettbewerbspopulismus den Stolz auf die Zugehörigkeit zu einer leistungsstarken Wirtschaftsnation an, deren Erfolge durch die herrschende Politik verspielt, verraten würden. Diese deutsch-national grundierte Protesthaltung zog suchende Wähler und Wählerinnen aus allen anderen Parteien an. Sozialwissenschaftliche und sozialpsychologische Erhebungen belegen, dass es in der Bundesrepublik schon immer ein schichten- und klassenübergreifendes Potential von bis zu einem Fünftel der Wahlberechtigten gab und gibt, die ausländer- bzw. menschenfeindliche, chauvinistische und autoritäre Einstellungen äußern. Der AfD gelang es, diese Einstellungen in entsprechende (Wahl-)Handlungen münden zu lassen. Das Potential, das schon immer vorhanden war, hat jetzt eine eigene politische Gestalt angenommen. Antidemokratische, autoritäre und menschenfeindliche Einstellungen haben in der deutschen Gesellschaft nicht stark zugenommen, sondern zugenommen hat die Bereitschaft, diese Einstellungen offen, auch gewaltsam zu vertreten. Sie werden nicht mehr, wie zuvor, von den wahlentscheidenden Themen anderer Parteien eingehegt, eingedämmt, sondern werden selbst zu wahlentscheidenden Themen.

Aus der Geschichte des (völkischen) Nationalismus und den Studien zur autoritären Persönlichkeit ist bekannt, dass weder die Flucht ins Kollektiv des Volkes noch die Bereitschaft zur Unterwerfung unter einen Führer oder eine Führerin zu den Besonderheiten einer bestimmten Klasse oder Schicht zählen. Immer geht es darum, durch die Stärke des Kollektivs und einer Führungsperson selbst Stärke, Schutz und Vorteile zu erlangen. Gleichwohl fällt auf, dass die AfD überdurchschnittliche Zustimmung von Wählern und – in geringerem Maße – Wählerinnen erhalten hat, die angeben, „Arbeiter“ zu sein und über einen mittleren formalen Bildungsabschluss (10. Klasse und Abitur ohne Hochschulstudium) zu verfügen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit verfügen diese Personen über eine nichtakademische berufliche Fachqualifikation und gehören damit zu einer sozialen Gruppe, deren Berufswelt schrumpft. Ihre Einkommenssituation ist nicht unbedingt prekär, sie befinden sich in keiner proletarischen Lebenslage wie das moderne Dienstleistungsproletariat. Der Anteil der Tätigkeiten, die einen ab-

geschlossen Fachlehrberuf voraussetzen, an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ging von 45 Prozent in 1991 auf 30 Prozent in 2013 zurück. Entsprechende Arbeitsplätze wurden ins Ausland oder in die Klein-Selbstständigkeit verlagert, automatisiert oder verlangten eine Höherqualifikation durch Weiterbildung. Parallel zugenommen hat die Welt der Berufe, die eine Hochschulqualifikation erfordern, der Anteil der un- und angelernten Berufe blieb stabil. Lebensführungsmodelle, die auf einer dualen betrieblichen Ausbildung ohne Hochschule basieren, geraten unter enormen Stress und damit auch das Rollenbild des patriarchalen Familienernährers, mit der Ausweitung der akademischen Berufe bestimmen auch von diesen Schichten geprägte Lebensführungsmodelle zunehmend, was als normal gilt. Verstärkt werden diese alltagsweltlichen Erfahrungen, wenn ganze Regionen in diesem strukturellen Wandel der Arbeitswelt zu Verlierern werden und bessere Zukunftsaussichten hohe räumliche Mobilität erfordern. All diese Prozesse haben auch materielle Seiten, stagnierende Einkommen, steigende Ausgaben, entscheidend sind jedoch die immateriellen Seiten: die Erschütterungen eines auf dem Beruf gründenden Selbstbewusstseins, der Selbst- und Fremdwahrnehmung, des sozialen Status, der einem eigentlich „zusteht".

Ein erstes zentrales Element für die Wiederkehr des Autoritarismus ließe sich demnach beschreiben: Verloren geht in bestimmten Segmenten der Normalverdienenden, der sogenannten sozialen Mitte, die „Lebenssicherheit" und das Gefühl, dass es vorangeht im Leben. Das hat nicht nur etwas mit blockierter sozialer Aufstiegsmobilität zu tun, sondern auch mit dem Verlust der allgemeinen Verhaltensregeln, die zum sozialen Aufstieg führen sollen: Bildung, Qualifikation, Leistungsbereitschaft, Flexibilität – alle diese traditionellen Lebensweisheiten führen nicht mehr zum früheren sicheren Grundgefühl, stattdessen zählen Beziehungen, Selbstinszenierungen und Ellbogen. Die Gesellschaft befindet sich im beschleunigten Wandel, die sozialen Positionen, nicht unbedingt die Einkommen, sind in hohem Maße prekär. Aus der Vorurteilsforschung ist bekannt, dass es grundsätzlich nicht so sehr auf die Beschreibung des sozioökonomischen Status einer Person ankommt, sondern auf die Frage, ob er sich vom sozialen Abstieg bedroht oder in seinen sozialen Aufstiegswünschen behindert sieht. Stark beschleunigte Mobilität, sei es noch oben oder unten, geht mit deutlicher zwischenethnischer Feindseligkeit und allgemeiner Aggressivität einher.

Globale Krisen, Krieg und Terrorismus, als unkontrolliert erlebte Zuwanderung wirken für viele zudem die Verunsicherung verstärkend. Die Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse schwand ohnehin, nun werden auch staatliches Handeln, die etablierte Politik, die Eliten als machtlos oder fremden Interessen folgend wahrgenommen. Hinzu kommt: Man weiß, nicht zuletzt durch die eigenen Urlaubsreisen, um die ungleichen Lebensverhältnisse in der Welt, vermutet zumindest, dass die Armut dort mit dem

Wohlstand hier irgendwie zusammenhängt, und ahnt, dass die Flüchtlinge von heute nur die Vorboten wachsender Ansprüche auf gleiche Entwicklung sind. Man weiß aus den Erfolgsmeldungen der Regierungsparteien, dass „Deutschland“ verdienter maßen zumindest in Europa an der Spitze steht. Erwartet wird von Politik und Staat, den hart erarbeiteten Wohlstand gegen Ansprüche von außen zu verteidigen. Dies dürfte ein zweites zentrales Element für die Renaissance des Nationalstaates und eines neuen sozialen Nationalismus sein.

Diese beiden Elemente: die Erschütterung der Lebenssicherheit, die zuvor mit bestimmten Berufsqualifikationen verbunden war und die Verteidigung des mit der deutschen Weltmarktposition verbundenen hohen Wohlstandes; könnten den zentralen Unterschied zu früheren rechten Parteigründungen in Deutschland ausmachen und der AfD einen dauerhaften Platz in der deutschen Parteienlandschaft ermöglichen.

Wir müssen lernen, entweder als Brüder miteinander zu leben oder als Narren unterzugehen.

Martin Luther King

4. AfD – Europäische Verortung und Vernetzung

Andreas Kemper

1. Offizielle Vernetzung im EU-Parlament

Die AfD ist 2014 mit 7 Mitgliedern ins EU-Parlament eingezogen. Sie traten nach langer Diskussion der ECR-Fraktion bei, die von den konservativen britischen Torries und polnischen rechtskatholischen PIS-Partei dominiert wird. Im Sommer 2015 traten nach der AfD-Spaltung 5 EU-Abgeordnete aus der AfD aus. Die verbliebenen beiden AfD-Abgeordneten B. v. Storch und M. Pretzell mussten im Frühjahr 2016 die ECR-Fraktion verlassen.

Storch trat sofort der EFDD-Fraktion bei, weil der Front National, der die ENF-Fraktion dominiert, angeblich „sozialistisch" sei. Pretzell kündigte während des AfD-Parteitags in Stuttgart 2016 der ENF-Fraktion beizutreten. Hierdurch würde die AfD in beiden euroskeptischen Fraktionen vertreten sein und mit dieser „Klammer" sollte in jenem Jahr noch eine Allianz aller „euroskeptischen" Parteien geschmiedet werden.

1.1 EFDD-Fraktion

Die Zukunft der EFDD-Fraktion ist ungewiss. Die 5-Sterne-Partei nahem bereits im Frühjahr 2017 einen Anlauf, die Fraktion zu verlassen. Die UKIP käme nach aktuellen Umfragen in Großbritannien nur noch auf vier Prozent, wäre allerdings aufgrund des Brexit bei den nächsten EU-Wahlen sowieso nicht mehr im EU-Parlament vertreten.

1.2 ENF-Fraktion

In der Fraktion der Nation und der Freiheit sind einige der bekanntesten sogenannten „rechtpopulistischen" Parteien Europas vertreten. Der Front National stellt 20 von 39 Sitzen. Hier findet sich ebenfalls die FPÖ aus Österreich, die niederländische PVV, der belgische Vlaamse Belang und die italienische Lega Nord. An einer Veranstaltung des ENF im Sommer 2016 in Österreich unter dem Motto „Patriotischer Frühling" nahm Pretzell bereits teil. Im Januar 2017 trat neben Pretzell auch die AfD-Vorsitzende F. Petry als Gastgeberin der ENF in Koblenz auf. "Wir erleben das Ende einer Welt und die Geburt einer neuen" verkündete dort Marine Le Pen symbolträchtig am Jahrestag der Köpfung Ludwigs XVI im ehemaligen Ort des Exils der französischen Aristokratie. Diese „neue Welt" steht für die alte Werte vor der Französischen Revolution, insbesondere gegen das „Egalité", gegen die Gleichheit.

Ein Netzwerk, welches mit mehreren Millionen Euro Landeswahlkämpfe der AfD unterstützt hat, scheint – darauf weisen identische Serveradressen der Internetseiten hin – mit dem ENF verknüpft zu sein.

2 Inoffizielle Vernetzung
2.1 Neoliberale Netzwerke

Die AfD ist entstanden als eine Interessenvertretung, die dem nicht-monopolistischem Kapital, also z.B. dem Verband „Die Familienunternehmer" oder der „Stiftung Familienunternehmer" nahe stand, insbesondere in der ablehnenden Haltung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und zur Forderung Griechenland aus dem Euro-Verbund zu entfernen. Ideologisch wäre hier auch die „Hayek-Gesellschaft" zu nennen. Mit der Spaltung der AfD im Sommer 2015 hat der transatlantisch-neoliberale Flügel die AfD verlassen. Zwar sind extrem neoliberale Positionen auf zentralen Ebenen der AfD vorhanden (z.b. A. Weidel (Spitzenkandidatin BT-Wahlen), J. Meuthen (Bundessprecher), S. Tritschler (Vorsitz Jugendverband)), aber ein unterstützendes neoliberales Netzwerk lässt sich momentan nicht ausmachen.

2.2 Christlich-fundamentalistische Netzwerke

Das Budapest Familiy Summit, eine Bezeichnung für drei Konferenzen zur Bevölkerungs- und Familienpolitik, Ende Mai 2017 in Ungarn zeigt exemplarisch die Netzwerkarbeit von ultrakatholischen und evangelikalen Gruppierungen. Beatrix von Storch, stellv. AfD-Vorsitzende und EU-Abgeordnete, postete bei Facebook stolz gemeinsame Fotos mit Victor Orban, Regierungschef Ungarns und quasi Schirmherr dieses Mega-Kongresses, der von zwei Ministerien unterstützt wurde. Zentrale Konferenz war – neben dem Budapest Demography Forum und dem Kongress des europäischen Anti-Abtreibungsnetzwerkes One of us – der World Congress of Families einer us-amerikanischen evangelikalen Organisation. Bei dieser jährlich stattfindenen homofeindlichen Konferenz finden sich in der Ankündigungsliste Vertreter rechter Parteien (z.B. PAN (Mexiko), Lega Nord (Italien)), ultrakatholische Antifeminist*innen (z.B. Birgit Kelle (steht Legionären Christi nah), Sophia Kuby (Tochter der Antifeministin Gabriele Kuby)) und christlich-fundamentalistische Kampagnennetzwerke (z.B. Citizen Go (mit Sitz in Spanien)).

In Deutschland werden die christlich-fundamentalistischen Netzwerke vor allem durch den evangelikalen Nachrichtendienst IDEA und das ultrakatholische Forum der deutschen Katholiken vertreten. Hier finden sich vielfältige Überschneidungen zu Kampag-

nen wie den „Märschen für das Leben“ (Anti-Choice) oder den „Demos für alle“ (homo- und transfeindlich). Diese wiederum sind verknüpft mit den „Christen in der AfD“ und der „Zivilen Koalition e.V.“ von Beatrix von Storch.

Beatrix von Storch hatte 2014 ein Vorprogramm mit ihrem Cousin 2. Grades Phillip von Preußen zum „Marsch für das Leben“ in Berlin gestaltet, bei dem sie neben Herrn Lohmann vom Bundesverband Lebensschutz das Fronttranspartent trug. In Hamburg teilte sie im Frühjahr 2016 zudem mit, dass sie die „Demo für alle“ in Stuttgart koordiniere, das würde alles über ihren Schreibtisch laufen.

Facebook-Kommentare zu ihrem Cousin Paul von Oldenburg zeigen zudem, dass sie mit der ultrakatholischen und aristokratischen Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum symphatisiert, deren Interessen Paul von Oldenburg in Brüssel koordiniert.

2.3 Völkische Netzwerke

Der völkische Flügel der AfD (Der Flügel („Erfurter Resolution)“, Patriotische Plattform) kooperiert mit sogenannten „neurechten“ Organisation wie dem Institut für Staatspolitik oder der Identitären Bewegung. Die ursprünglich nach Außen gezeigte Distanz zu Pegida ist inzwischen Geschichte. Kooperiert wird auch mit völkischen Flügel der gespaltenen Burschenschaft: Thorben Braga, 2015 Sprecher der Deutschen Burschenschaft, wurde 2016 Sprecher der AfD-Fraktion in Thüringen.

Nach Aussage eines Gutachtens des Bundesvorstandes der AfD, welches sich explizit auf meine Recherchen bezieht, habe Björn Höcke, Landeschef der AfD Thüringen und Initiator der Erfurter Resolution, „zweifelsfrei“ 2011/2012 unter dem Pseudonym „Landol Ladig“ mehrere Texte in diversen Magazinen des Neonazis und stellv. Bundesvorsitzenden der NPD, Thorsten Heise, verfasst. Dies würde zum einen bedeuten, dass Björn Höcke dazu aufruft, sich auf eine Revolution vorzubereiten, um die NS-Wirtschaftspolitik auf rassenbiologischer Grundlage wieder einzuführen. Zum anderen würde dies heißen, dass Höcke potentiell durch Heise und gegebenenfalls andere involvierte neonazistische Personen erpressbar sei.

Obschon ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke, initiiert von einer Zweidrittelmehrheit im Bundesvorstand, in der Schwebe ist, zeigte der Bundesparteitag der AfD in Köln 2017, wie isoliert die Höcke-Gegnerin Frauke Petry inzwischen ist. Dennoch besteht durch eine Nachwahl im Bundesschiedsgericht die Möglichkeit, dass Höcke aus

der Partei ausgeschlossen wird, was die bislang kontinuierliche Rechtsbewegung der Partei zumindest bremsen könnte. Ob dieser potentielle Ausschluss Höckes die Förderung und Entwicklung einer völkisch-faschistischen Bewegung mit den Ressourcen der AfD beenden würde, ist allerdings fraglich.

Auch der realpolitische und Höcke-feindliche Flügel der AfD um F. Petry und M. Pretzell arbeitet mit völkischen Gruppierungen zusammen, die allerdings realpolitisch orientiert und daher in der Wortwahl und in der politischen Kompromissbereitschaft gemäßigter sind. In Deutschland wäre das die Kooperation mit der Wochenzeitung Junge Freiheit, in Europa die Zusammenarbeit mit Strache (FPÖ) und Le Pen (Front National). Zudem gab es mehrere Treffen dieses Flügels mit Vertretern der russischen Regierungspartei.

3 Schluss

Die Netzwerkstruktur der AfD hat sich seit der Entstehung vor viereinhalb Jahren verändert. Obschon die Spitzenfunktionär*innen der AfD Vertreter*innen neoliberaler Ideologien sind, halten neoliberale Dachverbände seit der Spaltung der AfD im Sommer 2015 eine Distanz. Die AfD ist eingebunden in christlich-fundamentalistische Netzwerke, die interkontinental zusammenarbeiten und eine gemeinsame antifeministische Ideologieproduktion vorantreiben. Die Kooperation mit völkisch-faschistischen Netzwerke hat kontinierlich zugenommen, wodurch es zur Stärkung der entsprechenden außerparlamentarischen Szene als auch des entsprechenden Flügels in der AfD gekommen ist.

Die AfD entwickelt sich zunehmend zur Aufbauorganisation einer faschistoiden Bewegung.

Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.

Albert Einstein

5. Macronartismus
„Ni patrie, ni patron! Ni Marine, ni Macron!“

Kerstin Köditz MdL, Volkmar Wölk

Frühjahr 2015. Ein schier endloser Zug an Demonstrierenden bewegt sich vom Place d'Italie in Richtung Nationalversammlung durch die Pariser Innenstadt. Dem Wirtschaftsminister der Regierung der sozialdemokratischen Präsidenten Macron ist es gelungen, tatsächlich alle Gewerkschaften gegen sich aufzubringen. Zehntausende gehen an diesem landesweiten Aktionstag allein in der Hauptstadt gegen das nach ihm benannte Gesetz, sein erstes überhaupt während seiner Amtszeit, den „Loi Macron“ auf die Straße. Macron ist ehemaliges Mitglied der „Sozialistischen“ Partei. Ein anderes ehemaliges Mitglied dieser französischen Sozialdemokraten steht in einem Infostand mitten auf der Demostrecke und wird von den Vorbeiziehenden bejubelt. Es handelt sich um Jean-Luc Melanchon, den Kopf der damals noch existierenden Linksfront („Front de Gauche“).

Heute, Macron ist inzwischen Präsident, wird er von den deutschen Medien in der Regel als „sozialliberal“ charakterisiert. Wer mag bei dieser nahezu völligen Einhelligkeit des Urteils widersprechen. Nun, Macron ist ungefähr so sozial wie eine Kreuzung aus Bundesverband der Deutschen Industrie und FDP, ungefähr so liberal wie eine Mischung aus Thomas de Maizière und Deutscher Polizeigewerkschaft. Was war mit dem „Loi Macron“, das der Deutschlandfunk damals als „Bewährungsprobe für Frankreichs Reformbereitschaft“, um „verkrustete Strukturen“ aufzubrechen, bezeichnete, geplant? Es ging um längere Ladenöffnungszeiten – auch an Sonntagen, um für die Unternehmer günstigere Regelungen bei Arbeitsgerichtsverfahren, um die Schaffung von Konkurrenz bei zahlreichen Berufsgruppen durch Aufweichung der Zugangskriterien… Hinter uns marschierten bei der angesprochenen Demo aber auch zahlreiche Personen mit Deutschlandfahnen. Unsere verwunderte Nachfrage brachte das Ergebnis, dass zum Gesetz auch eine drastische Einschränkung der Mittel für den Deutschunterricht an Schulen gehöre. Das Gesetz wurde übrigens – so viel zum Thema Demokratie – ohne Abstimmung mit Parlament verabschiedet.

Inzwischen steht ein neuer „Loi Macron“ ins Haus. Hauptinhalt sind umfassende Veränderungen im Arbeitsrecht zugunsten der Unternehmer, mehr Spielraum bei der Anstellung, dem Einsatz und der Kündigung von Mitarbeitenden. Weitere angekündigte Maßnahmen sind der Umbau der Arbeitslosen- sowie der Rentenversicherung – auf dem

Rücken der Betroffenen, versteht sich – und die Kürzung der Staatsausgaben. Allein 120.000 Stellen im Öffentlichen Dienst sollen in den nächsten Jahren wegfallen. Um den Widerstand möglich gering zu halten, will der „sozialliberale“ Präsident das Gesetz unmittelbar nach der Sommerpause verabschieden lassen. Und die Regierung wird vom Parlament ermächtigt, die die geplanten Änderungen per Verordnung zu verfügen.

Macron kann sich seiner Mehrheiten sicher sein. Die ganz auf seine Person zugeschnittene Partei „La République en marche“ verfügt über die absolute Mehrheit, hinzu kommen noch die verbündeten Liberalkonservativen als Koalitionspartner. Selbst das Wochenblatt „Valeurs actuelles“, in seinen Sympathien zwischen Konservativen und Front National changierend, spricht ob der Machtfülle schon von einem drohenden „Macronartismus“ in Anspielung auf den historischen Bonapartismus und malt die Gefahr einer Autokratie an die Wand.

All dies kommt nicht überraschend. Macron hat seine Absichten wahrlich nicht verborgen. Und folglich kann es eigentlich ebenso nicht überraschen, dass zwischen den beiden Runden der Präsidentschaftswahl in zahlreichen Städten jeweils tausende, überwiegend junge Leute gegen den absehbar kommenden Präsidenten auf die Straße gingen. Ihr Schlachtruf: „Ni patrie, ni patron! Ni Marine, ni Macron!“ Frei übersetzt : Weder Nationalismus, noch eine Politik für die Bosse ! Weder Marine Le Pen, noch Emmanuel Macron ! Noch freier übersetzt : Wenn ich nur die Wahl zwischen Pest und Cholera habe, dann entscheide ich mich dafür, dass ich gesund sein möchte. Und auch Jean-Luc Melanchon, der als Kandidat der linken Bewegung „Das aufständische Frankreich“ überraschend gut abgeschnitten hatte, verweigerte Melanchon die Unterstützung für den zweiten Wahlgang. Allerdings forderte er seine Anhänger auch deutlich auf, auf keinen Fall Le Pen zu wählen.

In Deutschland ist diese Haltung des „weder – noch“ vielfach auf Unverständnis gestoßen. Lehrt uns denn nicht die Geschichte, dass gegen eine drohende faschistische Gefahr unbedingt Geschlossenheit und Entschlossenheit gezeigt werden müssen? Folglich: Das kleinere Übel Macron wählen, um das große Übel Le Pen zu verhindern! Gilt es denn nicht mehr, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen? Dürfen wir einfach den grundlegenden Unterschied zwischen den beiden Formen bürgerlicher Herrschaft ausblenden? Welche Haltung ist die angemessene, wenn die extreme Rechte als zweitstärkste Kraft abschneidet, die Sozialdemokraten angesichts des (vorhersehbaren) Verrats an ihrer Klientel als politischer Faktor nahezu zerstört sind, die liberalen und konservativen Parteien durch zahllose Skandale arg angeschlagen sind, die linken Gegenkräfte gespalten und teils ideologisch unheilbar verkrustet sind? Die einstmals so starke und mächtige Kommunistische Partei (PCF) ist nur noch ein Schat-

ten ihrer selbst, ist auf den Status einer Splitterpartei herabgesunken und lebt nur noch von ihren wenigen Hochburgen. Auf die gravierenden Umwälzungen in der Gesellschaft hat sie ideologisch und strategisch kaum reagiert.

Und doch schrieb der wichtige französische Intellektuelle Didier Eribon kurz vor der Präsidentschaftswahl, er werde Melenchon wählen, denn jetzt Macron zu wählen, bedeute nichts anderes, als mittelfristig Le Pen zur stärksten Kraft in Frankreich zu machen. „Wer Macron wählt, wählt Le Pen!", erklärte er. Und weiter: Macron mit seiner neoliberalen Ausrichtung der Sozialdemokratie sei schlussendlich genau Teil des Phänomens, das den Aufstieg Le Pens ermöglicht habe. Käme es zu einem Sieg Macron, sei die Präsidentschaft Le Pens in fünf Jahren vorgezeichnet, denn die sich verraten fühlenden Arbeiter würden sich noch stärker dem Front National zuwenden. . „Wer Macron wählt, wählt Le Pen!" Auch dieser Satz verweist fatal auf die deutsche Geschichte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler", hieß es einstmals.

Bereits heute ist der Front National die stärkste Partei bei den Arbeiterinnen und Arbeitern. Auffällig sind seine Erfolge besonders in jenen Regionen, die – wie Nord – Pas de Calais oder Lothringen – besonders stark von der Deindustrialisierung betroffen sind. Früher einmal waren das Hochburgen der Sozialdemokraten als diese noch den Namen verdienten. Es kann nicht anders als ein Dammbruch charakterisiert werden, dass der FN bei der Wahl zur Nationalversammlung acht Direktmandate – davon eines für Marine Le Pen – für sich erringen konnte. Geschickt präsentiert sich die Partei als Anwalt der kleinen Leute, die deren Interessenvertretung von einer Sozialdemokratie übernommen habe, die die soziale Kluft durch einen Wirtschaftsminister wie Macron stetig noch vergrößert habe. Macron, so die Botschaft, steht für das Finanzkapital, wir stehen dagegen. Dass der heutige Präsident in der Vergangenheit für ausgerechnet für das Bankhaus Rothschild gearbeitet hat, kommt der nationalistischen Agenda Le Pens natürlich entgegen. Und nach der Wahl? Nach der Wahl kann der FN es für sich ausschlachten, dass Macron in Deutschland stärker gefeiert wird als in Frankreich selbst. Er kann sich darauf berufen, dass er auch im zweiten Wahlgang nur von einer Minderheit der Wahlberechtigten angekreuzt worden sei. Und in der Tat hat es nie zuvor seit 1969 so viele Stimmenthaltungen und bewusst ungültig gemachte Stimmscheine gegeben. Das „Ni patrie, ni patron! Ni Marine, ni Macron!" hat offenkundig eine Massenbasis.

Auch angesichts der letzten Präsidentschaftswahlen in Österreich, wo der Kandidat der extremen Rechten nur um Haaresbreite verhindert werden konnte, stellt sich also die Frage, ob Didier Eribon mit seiner durch und durch pessimistischen Prognose richtig liegen könnte. Kann es dem FN gelingen, in den nächsten Jahren seine Massenbasis

nochmals erheblich zu verbreitern? Können die parteiinternen Flügelkämpfe so stark eingedämmt werden, dass sie einen weiteren Aufstieg nicht spürbar behindern? Kann der Spagat zwischen der auf Parlamentsarbeit fixierten Funktionärsriege und den aktionsorientierten jugendlichen Anhängern, vorwiegend aus dem Lager der Identitären, gelingen? Letztlich: schafft es Marine Le Pen, ihrer Partei das Image einer ideologisch und programmatisch grunderneuerten Partei jenseits der herkömmlichen extremen Rechten zu verleihen?

Fest steht: Erfolg ist die Basis für weiteren Erfolg. Sowohl die Kommunal- wie auch die Regionalwahlen, sowohl die Präsidentschaftswahl als auch die Parlamentswahlen haben der Partei deutliche Zugewinne beschert. Die Partei mag sich mehr Sitze in der Nationalversammlung versprochen haben, kann aber trotzdem zufrieden konstatieren, dass ihre Ausgrenzung durch Absprachen der demokratischen Parteien für den zweiten Wahlgang nur noch eingeschränkt funktioniert. Sie kann sich darauf berufen, dass sie trotz aller internen Differenzen weitaus geschlossener ist als ihre Konkurrenz. Stärker als der FN selbst ist Macrons Bewegung auf ihren Führer fixiert. Ihr Überleben hängt von dessen Erfolg oder Misserfolg ab. Vom ehemaligen Präsidenten Hollande wird nur die Leistung in Erinnerung bleiben, dass es ihm gelungen ist, die sozialdemokratische Partei faktisch zu zerstören. Die in einer Partei verbündeten Konservativen und Rechtsliberalen wiederum leiden unter personeller Auszehrung und sind zutiefst gespalten. Hinzu kommt die Diskreditierung, durch den Umstand, dass führende Repräsentanten ohne Scham den Staat als Beute betrachtet haben. Den französischen Grünen ist es ergangen wie den Sozialdemokraten. Über einen einzigen Parlamentssitz verfügen sie noch.

Und die Linke? Sie existiert einstweilen als Mosaik-Linke, was nicht unbedingt ein Nachteil sein muss. Die inhaltliche und strategische Debatte zwischen ihren einzelnen Bestandteilen ist überfällig. Es sind fünf Jahre Zeit, die Kräfte neu zu sortieren und zu bündeln.

Zu optimistischen Prognosen, die Didier Eribon widerlegen könnten, besteht also wenig Anlass. Dämonisierungen wie durch die deutsche Buchautorin Tanja Kuchenbäcker, die im Untertitel ihres Bandes Marine Le Pen als „Tochter des Teufels“ charakterisierte, sind dafür eher kontraproduktiv. Zu welchem rhetorischen Mittel greife ich nämlich dann, wenn wie unlängst diese „Tochter des Teufels“ diesem Teufel (und Ehrenvorsitzenden der Partei) den Zutritt zu einer Vorstandssitzung verweigert, obwohl er acht Millionen Euro für den Wahlkampf der Tochter zur Verfügung gestellt hat? Wie reagiert man auf den Rückzug der bisherigen Abgeordneten Marion Maréchal-Le Pen, die stets als große Konkurrentin ihrer Tante und Parteichefin gehandelt worden war? Der Front

National hat in den letzten Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, dass er flexibel auf neue Herausforderungen reagieren kann. Als am rechten Rand der Partei die aktionistische Strömung der Identitären entstand, hatte man es zunächst mit Ausgrenzung versucht. Inzwischen sind sie längst integriert worden. Der „Bloc Identitaire“ als eigene Organisation ist aufgelöst worden. Zunehmend werden auch die ideologischen Anregungen durch die vielgestaltige französische Neue Rechte aufgenommen.

Was also tun? Es bleibt tatsächlich nur das „Ni patrie, ni patron! Ni Marine, ni Macron!“ der Demonstrierenden zwischen den Wahlgängen. Das bedeutet vor allem und zuerst die Herausbildung einer modernen linkssozialistischen und vielgestaltigen Kraft, die angemessen auf die veränderten Herausforderungen einer neu zusammengesetzten Gesellschaft reagiert. Melanchon hat dabei, so mit seinem umfassenden Programm zu einem sozial-ökologischen Umbau, erste Ansätze gemacht. Dies gilt es auszubauen. Nur das wird verhindern, dass tatsächlich auf Marcon Marine folgt.

Je weiter Europa den Nationalismus hinter sich lässt, desto größer sind die Chancen für den Frieden.

John Kenneth Galbraith

6. Die Atempause ist vorbei

Walter Baier

Die Erleichterung und die Freude über den Wahlsieg des Grünen, Alexander Van der Bellen, der bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl von einer Wählerkoalition, die von der Mitte bis zur Kommunistischen Partei reichte, unterstützt wurde, über den Kandidaten des parteipolitischen Rechtsradikalismus, Norbert Hofer waren groß.

Nicht überall. Sechs Monate später beendete die ÖVP mit einem neuen Obmann, einem postmodernen Hybrid aus jugendlichem Draufgängertum und uralt-reaktionärer Weltanschauung, dem 31-jährigen Sebastian Kurz ihre Regierungskoalition mit der SPÖ. Glaubt man den Meinungsumfragen, so hat sich der Coup gelohnt, und sie wird als Siegerin aus den Wahlen am 15. Oktober hervorgehen.

Damit wären in Österreich die Weichen auf eine ÖVP-FPÖ-Koalition gestellt, mit Sebastian Kurz, „dem akzeptable Gesicht des Rechtspopulismus“1 als Kanzler. Doch dies dürfte er der Auftakt zu einem tiefgreifenden Umbau des erodierten Parteiensystems der Zweiten Republik Österreichs bilden.

Fragt man sich, wie das Ergebnis der Präsidentenwahl in so kurzer Zeit in sein Gegenteil gedreht werden kann, wird man die Antwort im deformierten und manipulierten Charakter der österreichischen Demokratie finden.

Dass in der ÖVP eine einflussreiche Gruppe schon seit langem auf eine Koalition mit der FPÖ hinarbeitete, pfiffen die Spatzen von den Dächern, dass es dafür eine bereits eine jederzeit aktivierbare parlamentarische Mehrheit gäbe, war bekannt. Das Haupthinderns bestand bislang darin, und der Wahlsieg Alexander Van der Bellens hat es gezeigt, dass es dafür keine Mehrheit in der Bevölkerung gab.

Die über Jahre hinweg von den Boulevard-Medien befeuerte Hetze gegen Flüchtlinge und den Islam, an deren Spitze sich auch der neue ÖVP-Obmann stellte, haben allerdings auch in der österreichischen Gesellschaft ihre Spuren hinterlassen. Schließlich war es die SPÖ, die nicht nur in einem österreichischen Bundesland gemeinsam mit der

[1] Hans Rauscher, „Haben wir uns in Christian Kern getäuscht?“, Der Standard, 16. August, 2017

FPÖ regiert, sondern signalisierte, dass auch eine Möglichkeit sähe, mit der FPÖ im Bund zu koalieren. Nicht dass das eine allzu plausible Option wäre, aber in der ÖVP führte es dazu, die letzten Widerstände gegen „Schwarz-Blau" bei Seite zu schieben.

So fiebert das Land einer Wahl entgegen, bei der eigentlich nur eines als fix gesetzt erscheint: Die FPÖ wird – mit wem auch immer – in der nächsten Regierung sitzen.

Von allen rechtsradikalen, populistischen Parteien Europas gehört die FPÖ zu den bösartigsten. Bisweilen wird sie aufgrund ihres Rassismus und ihres Antiislamismus als eine nationalistische Partei bezeichnet. Das stimmt nur in einer ganz bestimmten Weise: Von anderen Nationalisten unterscheidet sie sich nämlich dadurch, dass ihr Nationalismus sich nicht auf die eigene Nation, Österreich, bezieht. Die FPÖ ist eine deutschnationale Partei, in dem Sinn, dass sie gemäß gültigem Parteiprogramm die Österreicher_innen deutscher Muttersprache als Teil der deutschen Nation betrachtet.[2]

Diese Sicht teilt sie mit der einflussreichen Subkultur Deutscher Burschenschaften, Traditionsvereine und neurechter Zeitschriften, die ihrerseits den Resonanzboden der rechtsextremen und neonazistischen Agitation im Lande bilden. Man lebt Tür an Tür.

Das ist nicht so exzentrisch, wie es scheint. Tatsächlich ist die FPÖ eine im österreichischen Parteiensystem traditionell verankerte Partei[3]. Ihr Deutschnationalismus repräsentiert einen Sektor der österreichischen Eliten und darüber hinaus den wachsenden Einfluss deutschen Kapitals in Wirtschaft und Kultur des Landes.

Sowohl ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus als auch der Deutschnationalismus stellen die FPÖ in einen Gegensatz zur Verfassung der zweiten Republik Österreich und zur europäischen Nachkriegsordnung inklusive der EU. Dies kann im Szenario einer weiteren Verschärfung der Krise der EU und verstärkter deutscher Großmachtambitionen noch eine sehr unangenehme europäische Relevanz erhalten.

Soweit zur "hidden agenda" der FPÖ, zum „verschwiegenen Wissen", das ihren harten Kern zusammenhält und das sie umgebende intellektuelle und kulturelle Milieu bindet.

---

[2] Wörtlich heißt es im gültigen Programm der FPÖ: „Sprache, Geschichte und Kultur Österreichs sind deutsch. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher ist Teil der deutschen Volks-, Sprach- und Kulturgemeinschaft." In: „Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag am 18.6 2011 in Graz", www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf.

[3] Pelinka, Anton: „Die FPÖ im internationalen Vergleich", in: conflict & communication online, 1/1 2002, www.cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf.

Ihre Wahlerfolge erklären sich aber aus etwas anderem, nämlich aus der erfolgreichen Mutation in eine rechtsradikale Partei neuen Typs, die autoritäres Gesellschaftsbild, ethnischen Nationalismus und populistischem Politikstil kombiniert[4]. Diese Fähigkeit, sich zu häuten, und doch dasselbe zu bleiben, teilt sie mit den übrigen rechtsradikalen Parteien, mit denen sie in einer gemeinsamen Gruppe im Europaparlament zusammengeschlossen ist (u.a. Front National, Lega Nord, PVV, Vlaams Belang)[5].

Die Zusammensetzung der Wähler_innenschaft der FPÖ zeigt das diesbezüglich bekannte Bild: Zu einem beträchtlichen Teil stimmen für die FPÖ männliche, (dem Erwerbsstatus nach) Arbeiter mit niedrigem Bildungsgrad abseits der urbanen Ballungszentren. Es sind weniger die deklassierten Schichten, sondern Menschen, die sich den Mittelschichten zurechnen, und sich von sozialem Abstieg bedroht und von den etablierten politischen Parteien im Stich gelassen fühlen. Zu Recht, denn ihre soziale Lage hat sich im letzten Jahrzehnt tatsächlich verschlechtert. Eine sinkende Lohnquote hat zu einer raschen Zunahme der sozialen Ungleichheit geführt. Die Arbeitslosenquote stieg von 5 Prozent auf 9 Prozent zum Höhepunkt der Finanzkrise, die mittlere Einkommenserwartung in der Pension sank um ungefähr 25 Prozent.

Es wäre aber falsch, den Zuwachs der populistischen Rechten als ein – wenn auch irregeleitetes – „Klassenvotum" zu interpretieren, denn die veröffentlichten Daten erlauben keine validen Aussagen über die tatsächliche klassenmäßige Zusammensetzung des Elektorats. Weder werden die Stimmenanteile nach Einkommensstufen noch nach Kategorien wie „Unternehmer", „leitende Angestellte" oder „Besitzer von Vermögen" aufgeschlüsselt. Die Unterstützung der FPÖ durch die Oberen Zehntausend zählt zudem zu einem der gut gehüteten Geheimnisse des Landes, dessen Schleier sich dann und wann und eher zufällig hebt. So wusste die konservative Wiener Tageszeitung „Die Presse" in einem vor rund einem Jahr erschienen Artikel unter dem bezeichnenden Titel „Höret die Signale" von einer wachsenden Unterstützung der FPÖ unter den Mitgliedern der exklusiven Vereinigung Österreichischer Industrieller[6] zu berichten.

Die sich verfestigende populistischen Entfremdung zwischen den Institutionen der liberalen Demokratie, die die Bevölkerungen der sozialen Kälte des Marktes überlassen, und der Bevölkerung, die sich ihrerseits dadurch revanchiert, dass sie der liberalen

[4] See: Cas Mudde, 'The Far Right and the European Elections', *Current History Magazine* 03/2014.

[5] https://de.wikipedia.org/wiki/Europa_der_Nationen_und_der_Freiheit#Mitglieder

[6] Siehe „Die Presse", 2. 5. 2016 http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/kordiconomy/ 4978742/ Hort-die-Signale-der-FPO? _vl_backlink=/home/index.do

Demokratie den Rücken zukehrt, ist Konsequenz der eingangs beschriebenen Deformation der österreichischen Demokratie.

Das bisherige Parteiensystem der Zweiten Republik Österreich scheint einem unschönen Ende entgegen zu gehen. Mit dem putschartigen Wechsel an ihrer Spitze und der Übernahme eines populistischen Politikstils dürfte die ÖVP allerdings eine Strategie für ihr kurzfristiges Überleben gefunden zu haben. Die Zukunft der traditionsreichen österreichischen Sozialdemokratie ist hingegen sehr fraglich. Wird sie tatsächlich als Regierungspartei abgewählt, so wird nicht nur der Kampf um die sich verringernde Patronage geführt werden, sondern auch um die zukünftige Ausrichtung der Partei, und insbesondere ihr Verhältnis zur FPÖ.

In dieser prekären Lage der österreichischen Demokratie stellt sich die Frage nach Alternativen. SPÖ und Grüne haben sich als unfähig erwiesen, aus dem Sieg Alexander Van der Bellens etwas zu machen. Sie sind auch nicht in der Lage, ein glaubwürdiges, alternatives Programm vorzulegen, das die Interessen der Mehrheit der in Österreich lebenden Menschen zum Ausgangspunkt zu nimmt. (Vollbeschäftigungspolitik, ein bedingungsloses personenbezogenes Grundeinkommen, öffentliche Investitionen für einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft und der Infrastruktur, einen Ausbau der öffentlichen Dienste, die Erneuerung des Bildungs- und Gesundheitssystems, die Einführung der Wertschöpfungsabgabe, eine Vermögenssteuer und eine demokratische Staatsreform auf der einen Seite; eine menschenrechtskonforme, solidarische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik auf der anderen Seite).

Sie werden, so viel ist anzunehmen, von den Wähler_innen abgestraft werden.

Somit liegt auch in Österreich die Lösung der politischen Krise jenseits der Sozialdemokratie, nämlich im Aufbau einer populären, progressiven, politischen Kraft, die sich in Opposition zu beidem , der Fortsetzung des bisherigen neoliberalen Kurses als auch der nationalistischen, radikalen Rechten bildet und profiliert. Das ist eine Frage, die weit über die bevorstehenden Wahlen hinausweist. Ermutigend ist jedenfalls, dass sich bei den Wahlen selbst ein Bündnis aus der von ihrer Partei geschassten Jugendorganisation der Grünen, linken AktivistInnen und der KPÖ gebildet hat und unter dem Label „KPÖ plus“ kandidiert.

Racism is still with us. But it is up to us to prepare our children for what they have to meet, and, hopefully, we shall overcome.

Rosa Parks

7. Die Identitäre Bewegung – Speerspitze der neuen Rechten

Malte Steinecke

Die Identitäre Bewegung trat in Deutschland erstmals 2012 in Erscheinung. Sie wurde als Verein eingetragen nach Vorbild der Identitären Bewegung in Österreich (*Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität*) und geht aus der Generation Identitaire in Frankreich hervor, eine Jugendzusammenschluss von Gruppen der Neuen-Rechten.

Die Generation Identitaire geht aus dem Bloc Identitaire hervor, einem Bündniss aus diversen Gruppierungen der Neuen Rechten.

Die Gruppen der neuen Rechten definieren sich nicht über klassischen Nationalismus oder Rassismus, sondern sind Anhänger des Ethnopluralismus. Dieses Theoriekonzept, geprägt durch Henning Eichberg, propagiert eine Vielfalt der „Völker" (ehtnos – Volk, plural – Mehrzahl). Die Theorie geht dabei auch von unveränderlichen Eigenschaften von Menschengruppen aus, und diese Gruppen wären stärker wenn sich alle ähnlich sind. Begründet wird das ganze allerdings nicht biologistisch oder genetisch sondern über eine kulturelle Identität. Jedes Volk besitzt nach dieser Theorie unveränderliche Eigenschaften die von außen zu schützen sind. Es handelt sich also auch hier um eine ausgrenzende Ideologie, die zwar nicht die höherwertigkeit bestimmter Kulturen betont, aber propagiert das jede Kultur unter sich zu bleiben hat. Von Kritikern wird dieses Theoriekonzept deshalb auch gerne „Rassismus ohne Rassen" genannt.

In Deutschland war die Identitäre Bewegung anfangs in erster Linie im Internet aktiv und erlangte dort auch erste Bekanntheit. Professionelle Social Media Auftritte, eine Cooperate Identity und ein junges und, für Rechte, ein sehr moderen Auftreten halfen der Bewegung in Deutschland SympathisantInnen zu gewinnen, aber auch sich abzugrenzen von klassischen rechten Gruppen und Bewegungen. So werden moderne Kommunikationsmittel genutzt, ein bewußtes Auftreten in der Öffentlichkeit und ihre Aktionen versuchen in erste Linie mediale Aufmerksamkeit zu erlangen.

War anfangs noch der Slogan „nicht rechts, nicht links – Identitär" populär wurde schnell klar das es nicht nur inhaltlich, sondern auch personell große Überschneidungen zur rechtsextremen Szene gibt. Besonders Personal der NPD soll zu den Identitären

gewechselt sein, beispielsweise in Gruppen in Halle und Hamburg, ebenfalls sind viele Identitäre Mitglieder von Burschenschaften.

Dem Anspruch der Gewaltfreiheit und dem Verzicht von Militanz als politisches Mittel werden sie ebenfalls nicht mehr gerecht, so kam es vermehrt zu teilweisen bewaffneten Angriffen auf vermeintliche politische GegnerInnen, Martin Sellner, ein Österreicher und führender Kopf der Bewegung prahlte sogar im Internet mit seinen Waffen. Kurz darauf schoss er mit einer Gaspistole in einer U Bahn in Wien um sich. Gegen ihn wurde darauf hin ein vorläufiges Waffenverbot erlassen.

Außerhalb des Internets erlangten die Identitären mit neuen und modernen politischen Aktionsformen Aufmerksamkeit. Den Identitären geht es dabei weniger um Aktionen die direkt etwas verändern, sondern um mediale Aufmerksamkeit, Teil des öffentlichen Diskurses zu werden und diesen zu ihren Gunsten zu verschieben.Das wird immer wieder deutlich in den internen Strukturpapieren der Bewegungen die teilweise in den letzten Jahren öffentlich gemacht wurden.

So stürmten sie im September 2016 das Gorki Theater in Berlin, besetzen kurz daraufhin das Brandenburger Tor und die Zentrale der CDU. Sie verteilen Essen an Bedürftige oder auch gleich Pfefferspray zur Abwehr sexueller Übergriffe. Allerdings ist laut IB hier immer klar – die TäterInnen können nur MigrantInnen oder, wie sie es nennen, „Kulturfremde“ sein.

Sie veranstalten Seminare, Vorträge, offenen Treffen und bieten Sportkurse an. Bei den Sportkursen handelt es sich meistens um Kampfsport.

Die internen Papiere machen ebenfalls den Vormachtsanspruch der Bewegung deutlich, ihre strenge Hierachie und straffe Organisierung. Die Identitäre Bewegung sieht sich selbst als die Elite und Speerspitze der Bewegung und hat den Anspruch alle Gruppen unter sich zu vereinen.

Ideologisch ist der Kern der oben bereits erwähnte Ethnopluralismus, die Identitären sehen sich selbst als die Verteidiger Europas, daher auch die Verwendung der Lambada, es gilt als Symbol der Griechen (Europäer) die ihre Heimat gegen die Perser verteidigten. Gerne wird auch vom großen Austausch gesprochen, hierbei beziehen sie sich auf die „ungebremste Masseneinwanderung“ und die „fortschreitende Islamisierung“ und das es eben diesen zu verhindern geht. Ziel ihrer Intervention sind also meistens Migrant*Innen, Geflüchtete und all die die in ihre Augen die verhasste „Multikulti“ Gesellschaft unterstützen.

Auch wenn sie sich selber als die Elite der rechten Bewegung sehen gibt es natürlich eine große Vernetzung zu anderen Gruppen und Bewegungen. Als Kopf hinter der Bewegung gilt Götz Kubitschek, Autor der Sezession und Gründer des Institut für Staatspolitik. Das IFS dient als Denkfabrik der neuen Rechten. Ein wichtiger Patner für die IB ist ebenfalls die „Bürgeriniative" Ein Prozent. Sie dient als Geldgeber, ganz offiziell spenden sie immer wieder Geldsummen und in den internen Papieren der IB werden sie als möglicher Geldgeber für Aktionen und Vorträge genannt. Diverse personelle Überschneidungen gibt es mit Studentenverbindungen, besonders denen des deutsch-österreichischen Dachverbandes Deutsche Burschenschaften und der AFD, insbesondere der Patriotischen Plattform. Mitglieder der Patriotische Plattform der AFD nahmen die IB öffentlich in den Schutz und verurteilten die Überwachung durch den Verfassungsschutz. Manche Mitglieder der AFD werden aufgrund von Zusammenarbeit mit der IB selber schon vom Verfassungsschutz beobachtet.

Fakt ist – auch wenn die Identitären dem Namen nach eine Bewegung sind, kann dieser Anspruch in der Realität nicht gehalten werden. So besteht die IB zwar aus vielen Gruppen in ganz Deutschland die untereinander, aber auch darüber hinaus sehr gut vernetzt sind, ihre Aktionen erreichen teilweise mediale Aufmerksamkeit, diese werden sie meistens von einer kleinen Gruppe durchgeführt und haben selten eine größere gesellschaftliche Wirkkraft, geschweige den das sie größere Teile der Rechte oder gar der Gesellschaft für sich mobilisieren können.

http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/identitaere-bewegung-und-afd-afd-patrioten-kritisieren-verfassungsschutz/13736502-4.html
http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-01/junge-alternative-afd-identitaere-bewegung-zusammenarbeit
http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/afd/artikel/identitaere-afd-funktionaere.html

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/02/28/identitaere-bewegung-leak-straff-organisiert23168_23168
https://einprozent.de/ueber-uns

Interne Papiere:
http://linksunten.indymedia.org/de/system/files/data/2017/02/6892889105.pdf

http://ibwatchout.blogsport.de/images/IBD1.pdf

Die Identitären – Vorübergehendes Phänomen oder neue Bewegung? – Friedrich Ebert Stiftung

Von „Unsterblichen" und „Identitären" – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten – Roland Siebe

https://www.heise.de/tp/features/Von-der-elitaeren-Speerspitze-der-rechten-Bewegung-3640914.html

http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/i/institut-f-r-staatspolitik

https://www.identitaere-bewegung.de/

https://www.welt.de/politik/deutschland/article162969120/Verfassungsschutz-erwartet-Aktionen-gegen-Fluechtlingsheime.html

http://www.deutschlandfunk.de/identitaere-bewegung-rechts-extrem-alternativ.1170.de.html?dram:article_id=378101

http://wien.orf.at/news/stories/2823742/

An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.

Erich Kästner

8. Croatia's „Hidden" Right-Wing: The Devil In The Detail

Nikola Vukobratović

If one was to try and find a Croatian match for what is – especially in Western Europe in recent years – termed right-wing populism, one would easily be confused by ostensible "normality" of local political scene. At least at the moment, there is clearly no Croatian "National Front", no "Freedom Party" or even an "Alternative for Croatia". No new nationalist or significant anti-European party has appeared out of the recent crisis and, generally, the established political system based on the dominance of "center-right" has been preserved. While the political establishment of many of the "old democracies" fears the real prospect of electoral victories of extreme-right parties, in Croatia, those few groups that see Western European New Right as their role-model in islamophobia or "anti-Europeanism" rarely appear in elections or, for that matter, in street demonstrations. But looking for anti-democratic tendencies just outside of political mainstream and among parties deemed dangerously close to Russia and not enthusiastic enough to EU necessarily leads to a very narrow perspective, and consequently false conclusions. For what to many seems as a relatively new phenomenon of right-wing populism has actually been an established characteristic of Croatian political mainstream for almost the last thirty years.

Many Central European countries, especially Hungary and Poland, have in recent years transformed from a success-story of European integration to one of the major EU problems. From extremely liberal (in economic terms) and relatively liberal (in social terms) policies in the 1990s, their government officials have now became some of most vocal advocates and implementers of self-styled "illiberalism". To a large degree, countries like Croatia or Serbia have had the opposite path. Marked by wars, political life in Croatia and Serbia at the beginning of post-socialist period included elements not present in Central European countries, like political murders, vicious attacks on the press, opposition and trade-unions. Only part of these can be directly connected to military activities as most were in fact committed to strengthen the political control of the ruling parties or to break workers' strikes. Such is, for example, the case of Milan Krivokuća, a Croatian railroad worker, trade-unionist and socialist activist who was brutally murdered in a Zagreb suburb in November 1992 while organizing a strike (the murder case officially remains "unsolved").

Defending its Legacy

The narrative of "international conspiracy against the nation" that is propagated by the government and used as an excuse to attack independent media and NGO were a part of everyday life in 1990s Croatia, just like hate speech from official sources, especially about Serbs, Bosniaks and "traitors". In that sense, what is currently going on in countries like Hungary or Poland seems like a rather mild version of what was already seen in Croatia. After experiencing a "democratic turn" in early 2000s, Croatia has slowly been accepted as one of the belated members of the unofficial "New Europe" club, while Serbia and Bosnia remained troubled by territorial and constitutional issues because of which they more or less remain on the outside of EU "normality". Despite their different statuses, however, political dynamics in all three countries remain very closely interconnected even 25 years after the violent break-up. Nowhere is it more visible than in the way right-wing has dominated the politics.

The breakup of Yugoslavia was, from the perspective of the new elites especially in Croatia, at the same time a victory against socialism and a victory of the idea of ethnic nationalism. The key political actor of these changes was a political movement called Croatian Democratic Union (HDZ). Its rise to power in year 1990 was marked by a sharp turn against two elements that had determined the political priorities of the former Yugoslavia: modernization in the workers interest and multi-ethnicity. In order to mobilize for its cause, HDZ didn't hesitate to use the historical legacy that was most explicitly anti-Serbian and anti-Communist, that is the legacy of the former Croatian fascist movement Ustashe. While always a broad nationalist movement that included both "technocrats" and ideologues of the hard right, HDZ was at the same time a ruling party whose most prominent members have regularly spoken positively not just about Ustashe, but also about Francisco Franco for example, with former Croatian and HDZ president Franjo Tuđman openly citing him as a role model. In the recent decade, HDZ has officially moved from these positions and, as a member of the European Peoples' Party, presents itself as a center-right and a Christian-democratic party. While it's true that their politics don't resemble those of the 1990s, it should also be noted that they have always refused to face up to their own past. In fact, they keep vehemently denying any responsibility for (mostly unsolved) political murders committed during their rule as well as the responsibility for war crimes, especially in Bosnia.

The Battle For a Better Past

These are not just historical issues, because the narrative of history also strongly determines the political horizon of today. By refusing to confront its connections with

the far right, HDZ has left opened the possibility of having a strong hard right faction. While at the moment officially led by an "pro-European faction", HDZ still has many prominent leaders that are quite vocal fans of the Ustashe movement, the most notorious being former Minister of Culture Zlatko Hasanbegović. In fact, the main right-wing party in Croatia has always upheld a strategy to absorb any possible rivals on the right. In that sense, the far-right is mostly unnoticeable in terms of parties, but only because it is already strongly present in the main, officially center-right party. Like many other Eastern European right-wing parties, HDZ has been especially active in attempts to revise the history of socialism and anti-fascism in Croatia. This tendency was recently strengthened by official forming of a state commission composed of "experts" close to the ruling party that are supposed to pronounce a new national history.

Unsurprisingly, the commission has already humorously been nicknamed The Ministry of Truth. In line with the narrative of the Party, the main purpose of the commission is to pronounce that it is the socialist, and not the fascist period of Croatian history that has had most negative consequences. This strategy is a sort of rehabilitation of historical fascism by proxy. Military trials by antifascist forces against the fascist in 1945 are being called massacres, to remove the distinction between executors of Holocaust and their victims. Only last year, the mentioned Hasanbegović, while he was th Minister of Culture, promoted a documentary that claims the Holocaust in Croatia was a "communist fantasy". This year, in order to reveal more "communist fantasies", the ruling HDZ has, besides founding the Ministry of Truth, also announced that it will "open the archives" (presumably the ones belonging to secret services) up until the date of its coming to power. Many critics have already suggested that their witch-hunt is also and attempt to further protect their own "dirty secrets".

Infiltration and Opposition

In this sense, the "pro-European" and the hard right wings of the biggest Croatian party have always found common interest and space for cooperation. Rather than fighting against political establishment, as the far-right does in many countries in the West, local extremists prefer to look for space for their ideas inside the largest political party in the country – and regularly receive warm welcome. This is the case of vast majority of prominent far-right public personalities who serve either as established members or officially independent propagandists, the most emblematic examples are the singer Marko Perković "Thompson" (frequently banned from playing abroad) and Velimir Bujanec, a sort of far-right "televangelist" and a former leader of the Croatian National-Socialist Group. The extremists function through mostly informal initiatives

usually close to the ruling party or parts of the Catholic Church. They may occasionally appear as an anti-women's and LGBT right religious group purportedly advocating "traditional families". At other times they appear as a campaign group for a certain politician, obviously close to their "values". Further still, they might be a media platform or an NGO advocating electoral change. In any case, same people regularly appear as the backbone of all this projects, clearly suggesting that even if there is no official party of the far-right, there certainly exist an active organization.

The fact that the far-right in Croatia prefers to work semi-clandestinely and systematically infiltrates not just the ruling party, but also other important institutions such as education commissions or public broadcasting service is a serious problem. Through this strategy, the far-right clearly exercises much more influence than it is democratically entitled to. On the other hand, the insistence of far-right on "hiding" itself inside more mainstream politics clearly shows one other thing: that it is perfectly aware of the large opposition to its reactionary and chauvinist politics that aims to reduce minority rights and "canonize" a religiously fundamentalist world view. And it has every right to be fearful of the opposition which has shown time and again that it can organize very broadly against it, as in the case of huge demonstration against far-right interference in the educational reform in 2015 that have attracted well over 50 thousand people. Though the dominance of extremists is thus often effectively checked, we should not be too complacent. So far, contemporary anti-fascism has attracted mostly indignant middle-class people which might not be enough in the future. That means that anti-fascism must broaden its base and provide clear alternative, a democratic and a socialist one, to far-right demagoguery.

„Demokratie wird nicht nur durch die bedroht, die sie abschaffen wollen. Demokratie wird langfristig auch aufs Spiel gesetzt durch die, denen sie gleichgültig ist.“

Harald Ringstorff

9. Die rechten Koordinaten im heutigen Polen

Dr. Holger Politt

Die nationalkonservative Richtung gehört in Polen zu den Strukturen mit der längsten parteipolitischen Tradition. Nur noch die auf den Sozialismus zielende Arbeiterbewegung und die agrarpolitische Richtung können auf eine ähnlich stolze Ahnenreihe verweisen. Insofern ist die augenblickliche Stärke des nationalkonservativen Lagers in Polen auch historisch begründbar, denn selbst in den Zeiten der VR Polen gab es typische nationalkonservative Positionen sowohl in der Opposition als auch innerhalb der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Nach 1989/90 machte dieses Lager mehrere Metamorphosen durch, bis schließlich 2001 mit der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) eine Form gefunden war, die die vorhandenen Chancen zu nutzen verstand. Erstmals stellte sich der Erfolg für die von Jarosław Kaczyński geführte Gruppierung 2005 ein, als nach spektakulären Wahlerfolgen die Regierung übernommen werden konnte (bis 2007) und der Staatspräsident Lech Kaczyński nun aus dem eigenen Lager kam. Dieser Doppelschlag konnte zehn Jahre später wiederholt werden, denn auch 2015 gewannen die Nationalkonservativen sowohl Präsidentschafts- wie Parlamentswahlen. Der Erfolg war umso größer, weil eine Alleinregierung ohne Koalitionspartner, auf dem Rücksicht genommen werden müsste, gebildet werden konnte, was bislang nach 1990 keiner Gruppierung gelungen war.

Die nun schnell eingeleitete nationalkonservative Wende zielte von vornherein auf die Stärkung der sogenannten nationalen Identität sowie der konservativen Grundausrichtung der Gesellschaft. Mit den beiden Zielen sollte eine gründliche Abkehr vom bisherigen Weg der EU-Integration untersetzt werden, um erstens die Souveränität des Nationalstaats wieder herzustellen, um zweitens schließlich die als schädlich erachteten Einflüsse EU-Europas identifizieren und beseitigen zu können. Dieser zweite, erzkonservative Strang zielt vor allem auf jenen Bereich, der in rechten politischen Kreisen verächtlich als Genderideologie beschimpft wird. Zu einem ersten scharfen, in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikt kam es folgerichtig im Herbst 2016, als in vielen größeren und kleineren Städten Polens Frauen aller Altersgruppen gegen Regierungspläne auf die Straße zogen, das ohnehin äußerst rigide ausgelegte Recht auf Schwangerschaftsabbruch noch weiter zu verschärfen. Geplant war u. a. eine Bestrafung jener Frauen, die außerhalb Polens Schwangerschaftsabbrüche vornehmen lassen. Der in seinen Ausmaßen nicht erwartete Ausbruch des Frauenprotestes zwang das von Jarosław Kaczyński angeführte Regierungslager erstmals, von seinen Plänen wenigs-

tens zeitweise Abstand zu nehmen. Viele Beobachter sprachen gar von einer Wende, doch war es eher so, dass der bislang in verschiedene Richtung ausgeführte nationalkonservative Durchmarsch erstmals sichtbar gestoppt werden konnte.

Die Nationalkonservativen wollen die liberale Verfassung von 1997, die als ein mühsam ausgehandelter, aber tragfähiger Kompromiss zwischen linksliberalen, wirtschaftsliberalen und konservativen Vorstellungen gelten kann. Damals, so die Kaczyński-Leute, habe doch niemand wissen können, welche Zumutungen durch die EU-Mitgliedschaft auf das Land kommen würden, so dass die Verfassung die Bevölkerung heute gar nicht mehr ausreichend vor solchen Gefahren schützen könne. Gezielt wird auf ein Präsidialsystem, in dem die Befugnisse des Parlaments deutlich eingeschränkt wären. Außerdem solle das Land in vier sensiblen Wirtschaftsbereichen „souveräner" werden: im Bankensektor, im Energiesektor, im Einzelhandel und im Bereich privater Medien. Eine zweite Welle des Kapitalismus solle kräftig angekurbelt werden – eben eine polnische. National mutet auch die Begründung für die wichtigste sozialpolitische Maßnahme an, die das Regierungslager schnell durchgesetzt hatte: Die Einführung eines gesetzlichen Kindergeldes in Höhe von umgerechnet etwa 125 Euro generell ab zweitem Kind, bei Einkommensschwachen ab erstem Kind. Denn es könne, so Kaczyński unmissverständlich, innerhalb der einen EU doch nicht sein, dass ein deutsches oder französisches Kind gesetzliches Kindergeld erhalte, ein polnisches aber nicht. Allerdings ist die Einführung des Kindergelds insbesondere bei den sozial schwächeren Teilen der Bevölkerung auf große Zustimmung gestoßen, einer der wichtigen Gründe für die relativ hohen Zustimmungswerte im ersten Regierungsjahr der Nationalkonservativen. Tatsächlich haben die Nationalkonservativen die Schwachstelle der Wirtschaftsliberalen getroffen, die ja gebetsmühlenartig argumentierten, erst müsse der wirtschaftliche Aufholprozess kräftig fortgesetzt werden bei entsprechender Haushaltsdisziplin, dann dürfe auch wieder stärker an Sozialpolitik gedacht werden.

Im Augenblick haben die Nationalkonservativen allerdings Mühe, in Umfragen die 30-Prozent-Marke zu überklettern. Dennoch folgt immerhin ein gutes Drittel der Wählerschaft solchen Positionen. Es wird abzuwarten bleiben, ob die nationalkonservative Wende weiter vorangetrieben werden kann oder ob die augenblickliche Kraft nur noch reicht, den bisherigen Geländegewinn abzusichern.

Im Sog des nationalkonservativen Erfolgs zog 2015 mit dem Polit-Clown Paweł Kukiz eine stramm rechts ausgerichtete Liste als drittstärkste Kraft in das Parlament, die schon ganz zu den Vorstellungen passt, wie sie in Deutschland mit dem schillernden Begriff des Rechtspopulismus verknüpft werden. Mit fast neun Prozent der Wählerstimmen zog ein bunter Haufen von über 40 Abgeordneten in den Sejm, von denen alleine

zehn ganz offen gefährliche rechtsnationalistische und rechtsradikale Positionen vertreten. Die Vorstellungen einer ethnisch reinen Gesellschaft münden in der klaren Absage an Polens EU-Mitgliedschaft, die als eines der größten Hindernisse für die nationale Entwicklung des Landes herausgestellt wird. Es ist das erste Mal seit 1990, dass solche verfassungswidrigen Positionen in solch geballter Kraft ganz offen auf der Parlamentsbühne vertreten werden können. Zu den Gründen für den Erfolg der Kukiz-Liste insbesondere bei jüngeren Wählerschichten zählte die strikt ablehnende Haltung zur Einwanderung von Menschen anderer Herkunft während der Flüchtlingskrise im Sommer und Herbst 2015 in großen Teilen der polnischen Öffentlichkeit. Das war Wasser auf die Mühlen rechtspopulistischer und nationalistischer Vorstellungen, die im Herbst 2015 entsprechenden Anklang fanden. Wie ernst diese Dinge zu nehmen sind, zeigen die nach wie vor stabilen Umfragewerte für die Kukiz-Liste, die mitunter sogar zehn oder noch mehr Prozent erreicht.

„Nazi sein bedeutet, dass du verloren hast, bevor du anfängst. Du kannst nicht gewinnen. Du bist nur dumm.“

Lemmy Kilminster

10. ”The Italian extreme right of an antifascist view“

Eduardo Danzet/Stefano Rognoni

Italian extreme right, despite its fragmentation, has grown throughout the country, becoming a threat.
The main reasons of its growth lie in the disastrous results of austerity policies, in the creation of solidarity structures and in their adhesion by young people marginalized by society. The key difference between Italian far-right movements and the others similar movements around Western Europe is the fact that they play an active role in ruling coalitions.

Its past weakness between the 1990s and the early 2000s was due to the participation in the last Berlusconi cabinets: National Alliance (Alleanza Nazionale, AN), the traditional far-rightest Italian founded by the fascists of the Italian Social Movement, joined a coalition with centrist and moderate parties that did not share the main goals of the movement.
After ruling with Berlusconi, National Alliance disappeared from Italian politics, since neoliberal policies collide with the italian right-wing socialism, which AN was still bound to: a lot of activists have left AN, some post-fascist representatives have joined Forza Italia, the party of the ex-Premier, while others have created Fratelli d'Italia (FdI).
Giorgia Meloni and Francesco Storace, the spokespeople of this new, xenophobic and conservative political force, support the necessity to renew the bond to the history of the Italian Social Movement. The party usually joins moderate coalitions electing some MPs and local representatives.

The strongest far-right party is Lega Nord, whose new spokesperson is MEP Matteo Salvini.
At its creation, LN was a secessionist and conservative movement, with strong emphasis on the bad role played by people of Southern Italy, accused of wasting the national economic resources, produced by the more industrialized Northern Italy. In the following years, it has switched to a more nationalist and racist ideology, at first against people escaping from Yugoslavian war and then against people from Africa and Middle East (especially if not Christian).

Lega Nord is the oldest party in Italian politics and it has not disbanded despite the participation in moderate coalitions and the scandals due to its relationship with organized criminality. They achieved some main goals like a more strict legislation against immigration (the Bossi-Fini law considering every immigrant as a criminal unless an Italian enterprise asked for him before he arrives).

In the last years, the party is trying to reach new consensus in Southern Italy, leaving the anti-South propaganda in favour of a traditional far-right politics, with the alliance with French "Front National" leaded by Marine Le Pen. This has led to a renewed alliance with fascist movements in the country: Lealtà e Azione, born in Lombardy, which gets inspiration from Waffen SS general Degrelle and from Codreanu, founder of Romanian Iron Guard, elected a Councillor in Milan in Lega Nord list. Salvini recently founded "Noi con Salvini" (Us with Salvini), a right-wing populist platform to endorse him, in Southern regions where it is supported by neo-fascist organizations like Casapound.
Moreover, he is establishing an election ticket with Giorgia Meloni, leader of Fratelli D'Italia, in order compete for the majority of seats in 2018 general elections.

The popularity of Matteo Salvini is increasing because of his communications skills fascinating the electorate, due to his experience as the speaker in the radio of his party: Italian establishment also let him appear on tv shows, in order to increase a fake opposition to liberist policies that Salvini never condemned.

The others two fascist organizations are Forza Nuova and CasaPound. Forza Nuova was founded in 1997 by Roberto Fiore, a terrorist who escaped in UK with the support of British intelligence in order to avoid the sentence. It is member of Alliance for Peace and Freedom with German NPD and every year organizes a European meeting in Northern Italy, supported in the last five years by the mayor of Cantù, near Como.
Casapound, founded by former fascist squatters, names itself as "3rd millennium fascists" and gets more consensus in Central Italy, especially in Rome, where it has its headquarters donated by Gianni Alemanno, fascist representative and former mayor of Rome.
Both the organizations, together with Lealtà e Azione, are implied in violent episodes against leftist representatives, students and immigrants and many of their militants have been condemned for racist hartress, aggressions and fascism apology.

„Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände, haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!“

Clara Zetkin

11. Linke Stategien

Dr. Gregor Gysi

Die Europäische Union steht 70 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge an einem Wendepunkt, der einen wesentlichen Einfluss auf die nachfolgenden Generationen haben wird. Dabei ist die europäische Integration eine Idee, welche infolge der verheerenden Kriege der vergangenen Jahrhunderte entwickelt wurde, um den Menschen jenseits von nationalistischen Egoismen ein Fundament für eine gemeinsame Entwicklung zu ermöglichen. Diese Idee von einem gemeinsamen Europa ist gegenwärtig in Gefahr, nicht zuletzt weil 72 Jahre nach der Beendigung des 2. Weltkrieges Nationalismen in ganz Europa auf dem Vormarsch sind. Lange Zeit glaubte man, dass in Deutschland aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit rechte Tendenzen und Parteien keine wirkliche Chance hätten, trotz eines gewissen Potenzials in Ost- und Westdeutschland. Zudem wird es die Generation, die den 2. Weltkrieg miterlebt hat, bald nicht mehr geben. Das Potenzial, aus dem rechtspopulistische Parteien erfolgreich schöpfen könnten, liegt bei 15-20 Prozent, was mit den Wahlerfolgen der AfD nun auch im Parlamentarismus stattfindet. Mit einer Wahl werden aber nicht nur die verschiedenen Parteien und deren politische Inhalte gewählt, sondern es findet gleichzeitig eine Wertewahl über die von den Parteien präsentierten Inhalten statt.

Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat nun in seinem Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union verschiedene Szenarien dargelegt, die von einer voll ausgebauten Wirtschafts-, Finanz- und Währungsunion, über eine reine Freihandelszone oder ein bloßes Weitermachen gehen und zu dem Ergebnis eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten führen. Die wesentlichen Entwicklungsasymmetrien der Mitgliedsländer der Europäischen Union und die darin zum Ausdruck kommenden verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten stehen dabei der Maxime von einer politischen Gleichheit der Mitgliedsländer entgegen. Bereits bei der Einführung des EURO habe ich auf diese verschiedenen Auswirkungen hingewiesen und auch darauf, dass es keine Harmonisierung nach ‚unten' geben, also niemals zulasten von bereits erzielten Errungenschaften führen darf. In der Europäischen Union gibt es drei verschiedene Wirkungsebenen. Zum einen die Europäische Union als supranationale Institution mit ihren drei wesentlichen Organen (Rat, Kommission und Parlament), die Nationalstaaten und die Regionen, wobei die Nationalstaaten in wirtschaftlicher, steuerlicher und sozialer Konkurrenz zueinanderstehen.

Es gibt aber auch das Virus des ‚Nationalismus', der dadurch in Erscheinung tritt, dass die nationalen politischen und ökonomischen Eliten ein hohes Interesse daran haben, den eigenen Nationalstaat als solchen nicht zu schwächen, was bedeutet kein Interesse an der Entwicklung anderer Staaten zu haben und gemeinsame europäische Lösungen zu blockieren. Als Beispiele mögen hier die mangelnde Solidarität gegenüber Griechenland und das Versagen in der sogenannten Flüchtlingskrise genügen. Den einzigen Weg, den wir als Linke gehen können, ist die Schaffung europäischer, demokratischer Sozialstaaten mit hoher Beschäftigung, denn nur so kann der mit dem Neoliberalismus aufgekündigte Wohlfahrtsstaatskompromiss möglicherweise durch Europa rekonstruiert werden.

Dabei sehe ich zwei zentrale Aufgabengebiete, die notwendig sind für eine ökologisch-nachhaltige und sozial-integrative Entwicklung in Europa:

1. Die Schaffung einer Ökonomie, die auf das Gemeinwohl orientiert ist.
Dies beinhaltet bei der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien selbstverständlich ein europaweites System der Arbeitslosenversicherung, ein progressives Steuersystem und ein umfassendes Investitionsprogramm vor allem für Defizitländer.

Einen klaren Umbau des Bankensystems zum Beispiel durch die Schaffung kleiner Institutionen, die in speziellen Bereichen tätig werden und mit klar definierten und allgemeingültigen Regeln belegt sind. Zudem der Ausbau eines nicht-kommerzialisierten Wirtschaftssektors, wie zum Beispiel der Kreativwirtschaft. Für den Beschäftigungssektor muss es Mindestlöhne in ganz Europa geben, die Schritt für Schritt angeglichen werden müssen, um der Dumpingkultur entgegen zu wirken, wobei gleichzeitig der Ausbau von genossenschaftlichen Strukturen vorangetrieben werden sollte. Nur so ist eine europäische ökologisch-nachhaltige und sozial-integrative Entwicklung möglich.

2. Fortschreitende Integration entlang einer normativen Orientierung an Demokratie und Gerechtigkeit
Die europäische Idee sollte dem Gemeinwohl dienen, verliert aber gegenwärtig an Legitimation. Gleichzeitig befürwortet der überwiegende Teil der Jugend in Europa die Mitgliedschaft in der EU, dabei allerdings im Kontext der Wirtschaftsgemeinschaft. Die Logik des Binnenmarktes muss einer Logik weichen, die ein demokratisches und sozial-integratives Prinzip in den Mittelpunkt stellt. Wenn nun im Weißbuch von Juncker nicht einmal das Wort ‚Demokratie' zu finden ist, müssen wir als Linke in Europa vereint genau das kritisieren und entsprechend gemeinsam agieren. Dementsprechend bedarf es einer Reform des politischen Systems zu mehr Demokratie, Transparenz und

Mitsprache. Ziel dabei könnte es sein, eine Neuformulierung bestimmter Grundwerte zu erreichen und damit zum Beispiel den 500 Millionen Europäerinnen und Europäern, denen 1,5 Millionen Flüchtlingen gegenüberstehen, zu verdeutlichen, dass wir keine Migrationsvermeidungspolitik auf europäischer Ebene verfolgen sollten, sondern eine Integrationspolitik. Aber es geht nicht nur um Grundwerte, sondern um Institutionen, die diese Werte verkörpern können. Die Fluchtursachen müssen wirksam bekämpft werden.

Wir müssen unsere Alleinstellungsmerkmale hervorheben und Begriffe wie Demokratie neu besetzen, indem wir es zu etwas Erfahrbarem machen. Der Rechtspopulismus und rechtspopulistische Parteien und Bewegungen verflüssigen die Grenze nach rechts außen und greifen gleichzeitig auf ein Potenzial zu, das sich politisch vernachlässigt fühlt. Diese Parteien eint vor allem eine Politik der nationalen Alleingänge und der Abschottung als Problemlösungen gegen die gesellschaftliche Krise, aber auch erhöhte Repressionen und kultureller Traditionalismus und Autoritarismus. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Erfolge rechtspopulistischer bis hin zu rechtsnationalistischer Parteien in vielen Ländern Europas müssen wir unseren Kampf als internationalistische Parteien für mehr Toleranz und Weltoffenheit mit der Bündelung vieler Kräfte fortführen.

Verzeichnis der Autor*innen

Dr. Cornelia Ernst, MdEP
... ist seit 2009 für DIE LINKE. als sächsische Europaabgeordnete in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) tätig und die Sprecherin der Delegation DIE LINKE. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) und Stellvertreterin im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Dr. Cornelia Ernst ist zudem Mitglied der Iran-Delegation und der Delegation für die Beziehungen zu Bosnien Herzegowina und dem Kosovo.

Marika Tändler Walenta
... ist seit 2014 Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE und seit Mai 2017 parl.-wiss. Mitarbeiterin von MdB Dr. Gregor Gysi. Von 2011-2014 war sie für Prof. Dr. Lothar Bisky und Martina Michels im Europäischen Parlament tätig und anschließend bei der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Sie ist Sozialwissenschaftlerin und promoviert zudem an der Universität Leipzig zum Thema ‚Pegida'.

Thilo Janssen
... ist Politikwissenschaftler und Sozialrechtler. Er arbeitete als wissenschaftlicher Referent für die Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament Gabi Zimmer. Zu den Schwerpunkten seiner parlamentarischen Arbeit gehören Sozial- und Beschäftigungspolitik und Osteuropa. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte er mehrere Studien und Artikel zu Parteien auf europäischer Ebene. Zuletzt erschienen ist die Studie „Geliebter Feind – Rechtsaußenparteien und die Europäische Union" (2016).

Horst Kahrs
... ist ein Sozialwissenschaftler und arbeitet als Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg Stiftung und dort u.a. zu den Themen Klassen, Demokratie und Wahlen. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören darüber hinaus die Entwicklung der Sozialstruktur und sozialer Ungleichheit im Kapitalismus.

Andreas Kemper
... ist ein deutscher Publizist und Soziologe mit den Themenschwerpunkten Bildungsbenachteiligung, Klassismus, antifeministische Männerrechtsbewegung sowie Alternative für Deutschland. Neben seiner Tätigkeit als Autor betätigt sich Kemper in der Profeministischen Männerbewegung. Zudem ist Andreas Kemper Doktorand an der Universität Münster.

Kerstin Köditz, MdL
... ist sei t 2001 Mitglied des Sächsischen Landtags in der Fraktion DIE LINKE. und für diese als Sprecherin für antifaschistische Politik tätig. Zudem ist Kerstin Köditz die stellvertretende Vorsitzende des 1. Untersuchungsausschusses (NSU) und Leiterin des Arbeitskreises IV für Verfassung, Recht, Inneres & Kommune. Darüber hinaus ist sie Mitglied des Innenausschusses, der Parlamentarischen Kontrollkommission und der G-10-Kommission im Sächsischen Landtag.

Volkmar Wölk
... Volkmar Wölk lebt als freier Radikaler, Erwachsenenbildner und Publizist im sächsischen Grimma. Mitbegründer der Fachzeitschrift „Der Rechte Rand", berufenes Mitglied der AG AfD des Parteivorstandes der LINKEN. Seine inhaltlichen Schwerpunktesind die europäische „Neue" Rechte und deren Vorläufer, die Ideologieentwicklung der extremen Rechten, dabei besonders ihre Europakonzeptionen.

Walter Beier
... ist ein österreichischer Politiker der KPÖ. Zudem ist er seit 2006 der Koordinator des europäischen Forschungs- und Bildungsnetzwerks „transform! european network for alternative thinking and political dialogue", das aus 25 linken Zeitschriften und „think tanks" in 18 europäischen Ländern gebildet wird. Walter Beier vertritt dieses Netzwerk auch im Internationalen Rat des Welt Sozialforums (WSF) und ist darüber hinaus seit 2016 Mitglied der Bewegung Demokratie in Europa 2025.

Malte Steinecke
... ist Student der Politikwissenschaften an der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg und gegenwärtig vor allem in ausserparlamentarischen Zusammenschlüssen aktiv.

Nikola Vukobratović
... ist Autor und Publizist. Nikola Vukobratović ist Redakteur der kroatischen Le Monde Diplomatique in Zagreb. Zudem publizierte er auf LeftEast und dem linken Internetportal bilten.org. und dort insbesondere zur kroatischen Rechten.

Dr. Holger Politt
...ist Referent für die editorische und historische Arbeit zu Rosa Luxemburg. Von 2002 bis 2009 war Dr. Holger Politt als Büroleiter der Rosa-Luxemburg Stiftung in Warschau tätig. Heute befasst er sich u.a. mit dem polnischen Werk von Rosa Luxemburg und publizierte zuletzt als Autor zum Aufstieg der politischen Rechten und Nationalkonservativen in Polen.

Eduardo Danzet, Rifondazione
… ist Mitglied der Kommunistischen Partei „Rifondazione“ Italiens sowie in der Europäische Linken, im Bundesverband Caserta.

Stefano Rognoni
… ist seit 2009 Mitglied in der „Rifondazione“, der kommunistischen Partei Italiens und zudem seit drei Jahren Regionalsprecher der jungen Kommunisten (Lombardei). Stefano Rognoni ist darüber hinaus seit 2017 Mitglied der Antifaschismus-Abteilung der Partei Rifondazione von Como.

Dr. Gregor Gysi
… ist seit 2005 Mitglied der Fraktion die LINKE. im Deutschen Bundestag und dort stellvertretendes Mitglied im Auswärtigem Ausschuss. Von 2005 bis 2015 war er Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und ab 2013 auch Oppositionsführer. Darüber hinaus ist Gregor Gysi als Jurist und Rechtsanwalt tätig. Die Europäische Linke wählte ihn 2016 zu ihrem Präsidenten.

Kontakt

Dr. Cornelia Ernst

Mitglied des Europäischen Parlaments
Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

www.cornelia-ernst.de

In Dresden:
Dr. Cornelia Ernst
Wahlkreisbüro / Europabüro Dresden
Großenhainerstr.93
01127 Dresden
Tel. 0351/426 900 05
Fax: 0351/206 990 46
Mail: europa@cornelia-ernst.de

In Brüssel:
Dr. Cornelia Ernst MdEP
Europäisches Parlament
Rue Wiertz 60, WIB 03 M 19
B -1047 Brüssel
Belgien
Telefon: +32 (0) 228/476 60
fax +32 (0) 228/496 60
Mail: cornelia.ernst@europarl.europa.eu

ZONA ANTIFA

„Ändere die Welt, sie braucht es.“
Bertolt Brecht

European United Left • Nordic Green Left
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP
GUE/NGL
www.guengl.eu